

YouLi

Das Mitgliedermagazin der Jungen Liberalen Hessen



**DIE KUNST
DER FREIHEIT**

VORWORT **3**

ZUR RELEVANZ DER MEINUNGSFREIHEIT **4**

CHANCENGLEICHHEIT HÖRT NICHT IN DER BILDUNG AUF,
SONDERN FÄNGT BEI KUNST UND KULTUR ERST RICHTIG AN! **8**

DIE DEUTSCHE WELLE & DER MYTHOS WESTEN **10**

REFERENDUMSKAMPF »LEX NETFLIX« **14**

ZWISCHEN KÜNSTLERISCHER FREIHEIT UND POLITISCH RADIKALEN
KUNSTWERKEN - EINE KONTROVERSE OHNE DEFINIERBARE MITTE **16**

SKANDAL AUF DER DOKUMENTA **18**

BRAUCHEN WIR NOCH ARD UND ZDF? **20**

DEBATTENARENA QUALITÄT STATT QUOTE **22**

DEBATTENARENA ÖRR IST MIST **24**

FERNSEHGARTEN ABHOLZEN! **26**

RECAP: BIG BEUTH IS WATCHING YOU **27**

»NEUES AUS DEM LANDTAG« **28**

WHAT HAPPENED @ LAKO/BUKO **30**

UNSERE LOKALHELDEN VOR ORT IM BEZIRK RHEIN-MAIN **34**

LAK NEWS **40**

BUVO NEWS **41**

KV NEWS **42**

INTERVIEW MIT ANJA KOFAHL - OMBUDSPERSON DER
JUNGEN LIBERALEN HESSEN **44**

AUF EINEN KAFFEE MIT ...FRANZISKA BRANDMANN **46**

HIER FINDEST DU UNS
AUCH ONLINE!



LIEBE JUNGE LIBERALE HESSEN

die Hälfte des Jahres 2022 ist um und es ist viel passiert. Wir haben einen fantastischen Landeskongress in Bad Homburg erlebt, einen tollen Bundeskongress in Pforzheim, den LAK Marktplatz in Gießen und viele weitere Treffen mit Möglichkeiten über liberale Themen zu debattieren, sich zu vernetzen und auszutauschen. Und das endlich ohne Corona Einschränkungen! Endlich können wir wieder erleben wie sich Freiheit tatsächlich anfühlt! Gleichzeitig spitzen sich Krisen und Konflikte weiter zu. Der Angriffskrieg auf die Ukraine lässt uns gemeinsam zusammenstehen und die Initiative ergreifen. Durch die Regierungsverantwortung in Berlin steht die FDP immer wieder in der Kritik. Doch jungliberale Inhalte und Forderungen sind es oft, die den Unterschied machen! Und auch im nächsten Jahr werden wir alle Hände voll zu tun haben. Unsere Landtagswahl steht endlich vor der Tür. Die Vorbereitungen laufen bereits und es liegt an uns aktiv zu werden und unsere Inhalte voranzutreiben! Für ein liberales Hessen!

In dieser Ausgabe dreht sich alles um Kunst-, Kultur- und Medienpolitik. Nicht das klassischste liberale Thema meint ihr? Doch Meinungsfreiheit ist ein Kernthema der Liberalen und Kultur entsteht dort wo Menschen sich frei und selbstbestimmt entfalten können. Hierfür konnten wir spannende Artikel von unseren Mitgliedern und Gastbeiträge mit Einblicken in interessante Themengebiete erhalten. Auch unsere regelmäßigen Formate, wie die KV, LAK und BuVo News sind wieder dabei. Ihr könnt die kommunalen Juli-Mandatsträger aus Rhein-Main kennenlernen und erfahren was es Neues

bei Lisa im Landtag gibt. Auch haben wir unsere Bundesvorsitzende Franziska Brandmann spannende Fragen bei einem (digitalen) Kaffee gestellt. Das und noch vieles mehr findet ihr auf den kommenden Seiten! Also schaut rein!

Ich wünsche ganz viel Spaß beim Lesen der neuen Ausgabe. Ich freue mich über Anmerkungen und Feedback! Ganz viel Freude beim Lesen!

Eure Viola



REDAKTION

Viola Gebek ist 23 Jahre alt und im letzten Semester ihres Masterstudiums Sustainable Marketing & Leadership in Wiesbaden. Ihr Schwerpunkt liegt bei Marketing und Kommunikation und sie ist Vorsitzende für Presse und Öffentlichkeitsarbeit bei den Jungen Liberalen Main-Taunus. In der Stadtverordnetenversammlung von Flörsheim setzt sie sich für liberale Ideen ein. Ihr erreicht sie unter VIOLA.GEBEK@JULIS.DE

ZUR RELEVANZ DER MEINUNGSFREIHEIT



WAS VERSTEHEN WIR UNTER KULTUR?

UND WAS ERHOFFEN WIR UNS VON KOMMUNIKATION?

Die gegenwärtige Kultur einer Gesellschaft zeichnet sich primär nicht etwa durch ihre Kunst in Form von Gemälden, Statuen, Filmen oder Geschichten aus, sondern in erster Linie durch die gültigen Normen, Standards und Methoden der Interaktion. Diese sind allerdings veränderlich, und es lassen sich unterschiedliche Interessen und auch widersprechende Ansichten zu einfachsten Prinzipien erkennen. Und genau da stellt sich schon die Frage: Was ist der Kern von Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft, oder zumindest, was soll dieser sein?

Die Ergebnisse aktueller Umfragen zeigen einen Trend dazu, dass sich ein bemerkenswerter Teil der Gesellschaft nicht mehr traut, die eigene Meinung zu sagen, speziell jene, die vom Mainstream abweicht. Diese Entwicklung lässt sich zu einem großen Teil auf die Angst vor Schubladendenken, Diffamierungen oder Stigmatisierungen zurückführen.

Bei diesem befürchteten Vorgehen ist es oftmals der Fall, dass der Individualismus der einzelnen Personen nicht mehr berücksichtigt wird.

Dieser Auffassung einer immer größer – oder wenigstens lauter und radikaler – werdenden Gruppe zufolge, soll den entsprechenden unerwünschten Menschen die Legitimität der Äußerung grundsätzlich entzogen werden. Demnach wäre es sogar irrelevant, wenn sich folgende Stellungnahmen als faktisch und wissenschaftlich absolut korrekt herausstellen. Dabei wird neben der Missachtung von Gründen und Argumenten sogar Sorgen oder Ängsten keinerlei Empathie entgegengebracht. Der alleinige Wille andere zu verstehen scheint eine Außergewöhnlichkeit geworden zu sein.

Die Ausbreitung dessen und die damit einhergehende Einschränkung der Meinungsfreiheit ist ein gravierendes Problem, welches sich auch durch die Verwendung von Medien merklich ausbreitet.

Sicherlich stellen sich an dieser Stelle manche die Frage: Aber warum ist das denn überhaupt ein Problem? Wenn wir davon ausgehen, dass die plurale, liberale Demokratie für freien Austausch und einen offenen Diskurs steht, ist die Rede- und Meinungsfreiheit das höchste Gut des freien Bürgers.

Aber schon daran, dass diese Prämisse keinerlei Allgemeingültigkeit inne hat, lässt sich erkennen, wie weit verbreitet der insgeheime Hang zum Autoritarismus und damit zur Einschränkung der Meinungsfreiheit mancher ist.

In einer freien offenen Gesellschaft sollte der Diskurs entscheiden, indem die besseren Argumente mit der besseren Datenlage ausschlaggebend sind und dann folgerichtig die bestmögliche Entscheidung im Sinne einer Abwägung getroffen wird. Gerade aus dem Grund, dass alle Ressourcen nur begrenzt vorliegen und es im Normalfall keine komplett einwandfreie Lösung gibt. Jede Entscheidung ist ein Kompromiss.

Dabei soll und darf auch die Intention nicht die entscheidende Rolle einnehmen, speziell im Hinblick auf das soziologische Gesetz der unbeabsichtigten Konsequenzen, welches besagt, dass das Resultat den erwünschten Zweck nicht erfüllt oder das Vorgehen gar kontraproduktiv war. Oder auch sprichwörtlich: „Das Gegenteil von gut ist gut gemeint.“

Auch deswegen ist es eben nicht unterstützenswert, dass Personen auf Basis ihrer Identitätsmerkmale das Rederecht entzogen werden soll oder schlimmer noch aufgrund der Kontaktschuld zu den ‚falschen‘ Personen. Denn gerade wenn dies Normalfall sein sollte haben wir Abstand von der Relevanz der Vielschichtigkeit von Individuen, von Eigenverantwortung, von eigenständigem und kritischem Denken genommen und es durch Verallgemeinerungen und Stereotypisierungen ersetzt. Das Ergebnis ist die umfangreiche Verengung der (akzeptierten) Ansichten und Meinungen.

Um zur bestmöglichen Lösung zu gelangen, ist es sicherlich von Vorteil, ergebnisoffen zu sein, alleine schon zur Erweiterung des eigenen Horizonts. Stattdessen ist es nicht unüblich, dass Personen versuchen, eigens die Deutungshoheit zu beanspruchen und nichts Abweichendes akzeptieren, geschweige denn sich damit auseinandersetzen. Gesellschaftliche Kommunikation sollte allerdings auch unbedingt Meinungsaustausch verschiedener Ansichten sein.

Darauf aufbauend ergibt sich ein Szenario, in dem es sich nicht mehr um einen offenen Diskurs mit argumentbezogener Debattenkultur handelt, sondern dass widersprüchliche Ansichten und darüber hinaus sogar Studienergebnisse anderer Wissenschaftler aus Prinzip exkludiert/missachtet werden. Dann kann die Debattenkultur und die politische Entscheidungskultur ohne Zweifel als postfaktisch klassifiziert werden, da nur noch ein bestimmter Teil der empirischen Befunde berücksichtigt wird und aktiv emotionalisiert.

Für die jeweilige Ausgrenzung bzw. Delegitimierung kann es zahlreiche verschiedene Begründungen geben.

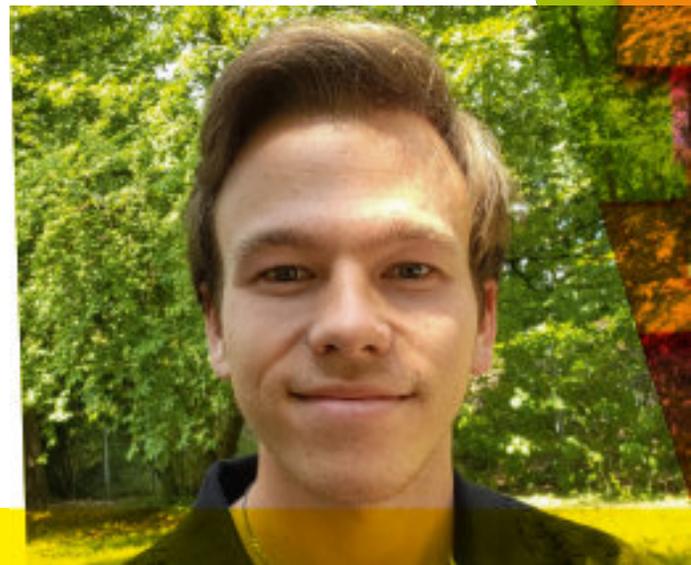
Beispiele wie das Ausnutzen oder Kreieren von Kontroversen, das kontextfreie Präsentieren von Aussagen und Teilaspekten, die Verdrehung des Inhalts oder gerade aktuell die individuelle Wortwahl mit der Benutzung von Gendern. Mit dem entsprechenden Willen lassen sich bestimmt unendlich viele Gründe finden und die resultierende Polarisierung verdrängt den zielgerichteten Diskurs. Das perfide daran ist, dass damit auch legitime Kritik kraft autoritärer Maßnahmen verdrängt bis zensiert wird. Mit Toleranz hat das meiner Meinung nach nichts zu tun.

Daraus ergibt sich, dass nur noch ein begrenzter Teil des potenziell Möglichen Thema des Diskurses ist und möglicherweise die Wahrheit nur im exkludierten Bereich vorzufinden ist.

Aufgrund der enormen Masse an Geschehnissen wird die Informationsgewinnung mehrheitlich ausgegliedert und sich auf andere verlassen. Aber gerade bei den Medien und Journalisten sollte man auch nicht einfach gutgläubig darauf vertrauen, dass das Berichtete stimmt. Es ist gewiss der Fall, dass einige weder ergebnisoffen noch ansatzweise objektiv an eine Thematik herangehen.

Abseits der Berichterstattung ist das kritische Hinterfragen die Hauptaufgabe des Journalismus, um Ungereimtheiten und fehlende Transparenz aufzudecken. Das ist essentiell, um einen verhängnisvollen Dominoeffekt zu verhindern. Denn fehlendes Hinterfragen führt zu fehlender Transparenz und fehlende Transparenz zu Machtmissbrauch. Wozu dieser führt, kann sich wohl jeder selbst ausmalen. Präzise, wenn es keine Diversität in den Medien gibt ist es nicht mehr weit bis zu Propaganda.

Der Kern der liberalen Demokratie ist die Meinungsfreiheit und nicht etwa das Wahlrecht. Für Personen, die ohnehin schon die Mehrheitsmeinung vertreten, ist die Meinungsfreiheit wohl nicht von großer Bedeutung. Aber gerade für jene, die vom Mainstream abweichen und Kritik äußern ist die Meinungsfreiheit unverzichtbar.



Daniel Klassen (23)

ist Beisitzer im KV Gießen und Stellv. Leiter des LAK Innen & Recht. Ihr erreicht ihn unter daniel.klassen@julis.de.



**CHANCENGLEICHHEIT
HÖRT NICHT IN DER
BILDUNG AUF, SONDERN
FÄNGT BEI KUNST UND
KULTUR ERST RICHTIG**

AN!

Die Aufführung von Mozarts Requiem in der Alten Oper anlässlich dessen Todestag musste auf Grund der Coronarestriktionen verschoben werden, ein Glück für mich so bekam ich noch eine Karte. Der Abend war ein unbeschreibliches musikalische Erlebnis. Aber es hatte einen faden Beigeschmack, der Saal, der im Dezember noch komplett ausgebucht war, füllt sich zwar gut, aber das Haus als vollbesetzt zu bezeichnen, wäre in etwa so, als würde die EU-Kommission mit einem Stasi 2.0-Gesetz die private Kommunikation aller EU-Bürger –vergessen wir diesen Vergleich.

Es tut weh, die Aufführung eines der großartigsten Werke Mozarts zu hören und dabei zu sehen, dass der Saal nicht voll ist. Doch die Restriktionen der Pandemie waren nicht der Grund für den nur gut gefüllten Saal, aber wohl der Verstärker. Ein Verstärker von politischer Untätigkeit. Während der Staat bereits seiner Kernaufgabe nach gleichen Chancen

in der Bildung nicht nachkommt, versagt er auch bei der der Aufgabe Chancengleichheit in der Kultur zu schaffen. Ob man als Kind oder Jugendlicher ein Instrument lernt, ist eklatant davon abhängig, wie viel Geld die eigenen Eltern haben.

Der Anteil der Kinder, die aus einem Haushalt mit weniger als 2000€ mtl. kommen ist mit 29 % über 20 %punkte kleiner als bei einem Haushaltsnettoeinkommen mit 3000 – 4000€ und bei einem Einkommen, das über 4000€ liegt, ist der Anteil mit fast 65 % mehr als doppelt so hoch. Nun ist der Zusammenhang hier offensichtlich: Musikunterricht und ein Instrument kosten Geld. Ein Klavier bekommt man nicht unter 5000€ und auch mit einem E-Piano wird man schnell mehrere Tausend Euro los. Der Staat muss sich hier bemühen finanzielle Probleme aus dem Weg zu räumen. Die Instrumente der Schulen müssen nicht im Musikraum eingesperrt sein. Der Flügel kann dazu dienen, dass sozial schwache Kinder diesen zum

Üben nutzen, solange kein Unterricht stattfindet. Der Staat kann mit Musikschulen Rabatte für Familien mit geringem Einkommen aushandeln, so käme das Geld auch gezielt bei den Kindern und Jugendlichen an und versinkt nicht in den Taschen der Eltern.

Nun mag sich kulturelles Interesse nicht nur auf das Erlernen eines Musikinstrumentes beschränken, allerdings stellt das Spielen eines Instrumentes ein Einfallstor in die Kultur da. Dreiviertel der Kinder und Jugendlichen, die ein großes Interesse an Kultur haben spielen ein Instrument. Was wenn nicht das Spielen eines Musikinstrumentes, also die aktive Beschäftigung mit Kultur, lässt das Interesse an eben dieser weiterwachsen.

Erfreulich ist jedoch, dass Migrationshintergrund keinen großen Einfluss auf die musikalische Betätigung hat. Der Unterschied besteht aus lediglich 5,4 %punkten, beim Tanz ist die Quote an Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund sogar um 12 %punkte höher.

Maßgeblich ist trotz allem der Elternhaushalt, zum einem entscheidet das Gehalt, aber auch die Bildung der Eltern, den größten Einfluss hat jedoch das Interesse der Eltern an Kultur. Spielen Eltern selbst ein Instrument, spielen auch deren Kinder zu fast 80 % ein Instrument. Ähnlich sieht es beim Interesse der Eltern an Kultur im Generellen aus. Interessieren sich die Eltern für Kultur, spielen die Kinder zu 70 % ein Instrument.

Es ist also nicht egal, aus welchem Haushalt man kommt, das Elternhaus entscheidet, ob man den Schritt in die Kultur gehen kann. Hier ist der Staat in der Pflicht, er muss Angebote schaffen, die jeden erreichen. Einmal muss er finanzielle Hürden nehmen, zum anderen muss er niedrigschwellige Angebote schaffen, damit junge Menschen den Schritt in Kunst und Kultur zu schaffen. Und der Ort dafür muss die Schule sein, denn dies ist der einzige Ort, an dem man jeden erreichen kann, unabhängig vom Elternhaus. Wenn in der Schule das Interesse an Musik, Kunst und Kultur geweckt wird und dann finanzielle Probleme aus dem Weg geräumt sind, dann ist jeder selbstbestimmt in der Lage, seinen Weg in Kunst und Kultur zu finden. Und wenn dieser Weg gefunden ist, dann muss der Staat alles in seiner Macht Stehende tun, um weiteren Schritten auf diesem Weg zu ermöglichen, ohne dass dabei Herkunft oder Einkommen der Eltern eine Rolle spielen. Auch das vierte Kind eines Haushaltes, der von Harz 4 lebt, muss in den Genuss kommen können Beethoven 9. Symphonie live zu hören. Der erste und wichtigste Schritt dabei muss sein, die Hinzuverdienstgrenzen für Kinder von Harz-4 Empfängern so bald wie möglich abzuschaffen. Darüber hinaus könnten Schulen anbieten, dass Schüler gemeinsam und vor allem freiwillig über von der Schule organisierten und vom Staat subventionierte Ausflüge die Möglichkeit erhalten Konzerte zu besuchen.

Julius Ulowetz (18)

ist stellv. Kreisvorsitzender in der Wetterau für Programmatik und Ortsvorsitzender in Bad Nauheim. Für die FDP sitzt er im LFA Kunst und Kultur. Er macht nächstes Jahr sein Abitur und befindet sich gerade in der C-Ausbildung zum nebenberuflichen Kirchenmusiker für Orgel.



DIE DEUTSCHE WELLE & DER MYTHOS WESTEN



Der 21. Februar 2022: Die türkische Medienaufsichtsbehörde droht der Deutschen Welle mit der Sperrung ihrer Online-Inhalte, weil sich die DW weigert die von der AKP-Regierung erlassene Rundfunklizenz zu beantragen. Das Mediengesetz ermöglicht der Regierung massive Kontrolle über die Medien, welche sie seit vielen Jahren de facto bereits besitzt. 95 % der Medien stehen unter Regierungskontrolle. Die verbliebenen regierungskritischen Zeitungen und Sender wie Sözcü und Halk TV werden fast tagtäglich in ihrer Pressefreiheit eingeschränkt.

Die Medien veröffentlichen nicht nur sehr parteiische Nachrichten, sondern auch Falschinformationen. Laut dem Reuters Institute Digital News Report 2018 ist die Türkei mit Abstand das Land mit den am meisten erfundenen Nachrichten der Welt. Sibel Güneş Generalsekretärin des Türkischen Journalistenverbandes berichtet von hohen Bußgeldern, offiziellen Kürzungen und dem Verlust von Werbeeinnahmen.

Oft waren die Senderchefs dann gezwungen zu verkaufen. Im Anschluss wurden dann Journalisten mit Klagen, Verhaftungen und Inhaftierungen belangt. Seit 2010 hätten zudem 12.000 Journalisten ihren Job verloren.

Der Senderchef Aydin Dogan wurde 2018 dazu gezwungen sein Medienunternehmen an das regierungsnahe Medienunternehmen Demirören Holding zu verkaufen. Der Journalist Yilmaz Özdil sagt dazu folgendes: „[...] Die Zerstörung der Doğan-Gruppe ist eine sehr, sehr schlechte Entwicklung für die Türkei. Es ist eine Entwicklung, die nicht nur das politische, sondern auch das gesellschaftliche Leben und die Lebensweise der Türkei, lahmlegen wird. Nordkorea ist nah. [...]“
Wie können wir diesen Entwicklungen entgegenwirken?

**DEN POLITISCHEN ISLAM UND
AUTOKRATEN NICHT UNTERSCHÄTZEN.**

Zu Beginn seiner Regierungszeit wurde Erdogan trotz zahlreicher Kritik seitens säkularer/kemalistischer Politiker und Denker, von Analysten im Westen als Hoffnungsschimmer und Reformers angesehen. Parallelen zur Unterschätzung Putins lassen sich eindeutig ziehen.

Bundeskanzler a.D Schröder lobte Erdogan 2003 noch und bezeichnete berechnete Kritik als „billige Polemik“. 2021 schrieb er lobende Worte über Erdogan in seinem Buch „Letzte Chance: Warum wir jetzt eine neue Weltordnung brauchen“ nieder.

Der illegale Angriffskrieg gegen die Ukraine hat dazu geführt, dass der Westen neu über sich selbst nachdenkt. Der Ökonom Stefan Kolev beschreibt, dass im Westen aktuell eine Transformation von Mythen erfolgen würde.

Seit der Staatsgründung der türkischen Republik durch Mustafa Kemal Atatürk sehnen sich die säkularen Türken nach dem Mythos Westen. Der langjährige Säkularisierungsprozess der vielen Revolutionen in Europa wurde innerhalb kürzester Zeit vollbracht. So wurden unter anderem Staat und Religion konsequent voneinander getrennt, die wichtigste Institution des Islams (Kalifat) abgeschafft, das lateinische Alphabet eingeführt, das Schweizer Zivilrecht nahezu kopiert.

Auf gleicher Weise sehnen sich die Ukrainer aktuell nach dem Mythos Westen, dem Mythos der Freiheit. Für mich steht hier

die Souveränität des Individuums als Errungenschaft der westlichen Zivilisation an erster Stelle. Wenn wir im Westen über unser Selbstverständnis und unsere Kooperation untereinander nachdenken, sollten wir die Autokraten nicht vergessen.

Doch wie hat der vom Altkanzler gelobte Erdogan zuvor agiert? Es ist so gekommen, wie es viele erwartet haben. Erdogan hat dem im Grundgesetz festgeschriebenen Laizismus und allen die ihn verteidigen den Kampf angesagt und ihn de facto abgeschafft. Der Laizismus existiert nur noch de jure. Erdogan nutzt die türkische Religionsbehörde (Diyanet), welche ehemals zur Eindämmung von Extremismus gedacht war als Kommunikationsmittel für seine Politik und seine Ideologie. Der Diyanet untersteht der Moscheeverband DITIB, welcher jahrelang auf Kosten des deutschen Steuerzahlers Erdogans Ideologie und Desinformation verbreitet. Die DITIB wurde in manchen Bundesländern sogar als Kooperationspartner für den Islamunterricht an Schulen ausgewählt.

Liberaler Kultusminister haben sich in Hessen und NRW leider auch für diesen Weg entschieden. Heute sind abgesehen von Halk TV kaum mehr regierungskritische Sender im Fernsehen zu sehen.

Durch das Internet können Journalisten und z.B TV-Serienproduzenten glücklicherweise die vielen Einschränkungen der AKP-Regierung weitgehend umgehen.

Serienproduzenten können im Fernsehen Alkohol, Zigaretten, Beleidigungen und vieles mehr nur zensiert ausstrahlen. Ältere Filme verlieren im Fernsehen dadurch ihren Charme. Durch Streamingplattformen können Produzenten ihre Arbeit nun frei ausüben. Journalisten haben zwar noch immer das Risiko sich zu ihren Kollegen im Gefängnis zu gesellen, aber nun die Chance auf YouTube & Co unabhängig ihrer Arbeit nachzugehen. Diese Chance haben prominente Journalisten wie Cüneyt Özdemir (7,3M Twitter-Follower) und Nevsin Mengü (2,4M Follower) genutzt.

Die Deutsche Welle Türkei hat diese Chance ebenfalls genutzt. So werden liberale Journalisten wie Nevsin Mengü eingestellt, unabhängige Berichterstattung veröffentlicht, in Kooperation mit unter anderem dem BBC der YouTube-Kanal +90 betrieben und vieles mehr geleistet.

Die Kapazitäten für tagtägliche Berichterstattung auf Türkisch auf diesem Level haben leider keine privaten Zeitungen in Deutschland. Die Privatisierung der Deutschen Welle sollte man sich daher zweimal überlegen.

So können wir mit DW den Mythos Westen kommunizieren, Journalisten fördern und Autokraten Steine in den Weg legen, anstatt ihre Ideologie und Institutionen in unser Bildungssystem zu lassen.

Update: Am 1. Juli hat die türkische Medienaufsicht den Zugang zum Internetangebot der Deutschen Welle und Voice of America gesperrt.



Gural Gülec (21)

ist Student der Wirtschaftswissenschaften, Stellvertretender Vorsitzender im KV Frankfurt und Leiter des LAK Mobilität & Bauen.



Referendumskampf »LexNetflix«

Der letzte grosse Referendumskampf der Jungfreisinnigen Schweiz endete am 15. Mai 2022. Er ist nicht etwa als «gross» zu bezeichnen, weil wir die Abstimmung gewonnen hätten - denn das haben wir nicht. «Gross» war er auch nicht, weil die 18 Millionen zusätzlicher staatlicher Zwangsabgaben im Kulturbereich neben den bestehenden 120 Millionen alljährlich wirklich ins Gewicht fallen würden.

«Gross» war der Referendumskampf vor allem darum, weil die Anpassungen im Schweizer Filmgesetz, genannt «Lex Netflix», grundsätzlich allem widersprechen, woran wir Liberale glauben. Worum ging es konkret: Einige Länder in Europa sehen vor, dass

ausländische Streaming-Anbieter wie Netflix, Amazon Prime etc. eine Mindestquote europäischer Filme und eine Investitionspflicht in das nationale Filmschaffen von durchschnittlich 2 % oder weniger einhalten bzw. abliefern müssen. Das neue Filmgesetz in der

Schweiz sieht indes eine Mindestquote von 30 % europäischer Produktionen sowie eine Mindestinvestitionspflicht von 4 % des in der Schweiz generierten Umsatzes (nicht etwa des Gewinnes) in die lokale Schweizer Filmproduktion vor. Durch unseren verlorenen Abstimmungskampf sind wir mit diesen 4 % gemeinsam mit Spanien, Italien und Frankreich absoluter Spitzenreiter.

Doch wieso haben wir als Jungpartei das Referendum ergriffen? Wieso haben wir uns die Mühe gemacht, innert 3 Monaten 50.000 Unterschriften zu sammeln, um dieses Gesetz zu Fall zu bringen? Nun, in der Schweiz wurde bereits vor «Lex Netflix» staatliche Filmförderung im grossen Stil betrieben: Rund 80 Millionen spricht das Bundesamt

für Kultur jährlich für Schweizer Filmproduktionen, weitere 40 Millionen kommen jährlich durch die staatliche Radio- und Fernsehgebühr hinzu. Weitere Fördertöpfe für regionales Kultur- und Filmschaffen wird durch die Kantone und Städte ausgeschüttet. Konservativ gerechnet wird die Schweizer Filmkultur jährlich bereits mit über 120 Millionen Franken Steuergeldern alimentiert. Ob die Schweizer Filme diese Subventionen überhaupt wert sind, sei mal dahingestellt (wir Schweizer können einiges, aber Filme machen? Naja.). Dagegen haben wir uns nicht einmal gewehrt.

Uns ging es im Referendumskampf vor allem darum, dass die Investitionspflichten an keinerlei Qualitätsmerkmale gebunden sind. Ausländische Streaming-Anbieter müssen von nun an mindestens 4 % ihres Umsatzes aus der Schweiz in «irgendwas» reinvestieren, was sich «Schweizer Filmschaffen» nennt. Völlig unabhängig von Qualität und Konsumentenbedürfnis. Je stärker eine Leistung staatlich subventioniert oder zwangsfinanziert wird, desto stärker entfremdet sich diese vom (Kultur-)Konsumentenbedürfnis. Diese Entwicklung ist fatal, besonders im kulturellen Bereich. Kultur muss sich auch daran messen, was die Leute interessiert. Eine Investitionspflicht ist lediglich im Interesse der Filmlobby und Produzenten und nicht im Interesse des Konsumenten. Meines Erachtens ist aber genau dieser Streitpunkt zentral: Kultur muss die Diskussion aushalten, dass nicht alles Filmschaffen auch Kultur ist. Sie muss es aushalten, dass – genau wie in anderen Märkten – Dinge produziert werden, welche am Konsumentenbedürfnis vorbeiziehen und dann ist es entsprechend gerechtfertigt, dass solche Projekte nicht rentabel sind.

Mehr und mehr geraten liberale Werte durch ebendiese Diskussionen in den Hintergrund. Es wird an allen Ecken und Enden ein «Marktversagen» vertortet, welches staatliche Eingriffe zugunsten des eigenen Wählerklientels rechtfertigt. Mit «Lex Netflix» wird fälschlicherweise davon ausgegangen, dass mehr Geld auch mehr Qualität bedeutet. Demzufolge müsste der Kaffee an der Bahnhofstrasse in Zürich auch wirklich dreimal so gut sein wie in meiner kleinen Heimatstadt Solothurn. Glaubt mir, er ist es nicht.

Die Politik verkommt immer mehr zum Steigbügelhalter des staatlichen Selbstbedienungsladens. Aussagen aus dem Abstimmungskampf wie «es ist uns egal, ob ihr unsere Filme schaut – Hauptsache ihr bezahlt dafür» oder «zuerst bezahlen, dann liefern wir schon gute Qualität» verdeutlichen dies eindrücklich. Viele Menschen scheinen zu glauben, es gäbe einen Anspruch auf Erfolg und Belohnung, ohne dafür etwas leisten zu müssen. Ein Markt ist nichts anderes als das: Er belohnt gute Arbeit. Wenn wir als Liberale zulassen, dass Märkte immer stärker in Verruf geraten und «es sind ja nur 18 Millionen pro Jahr» als Argument dienen, um staatlichen Zwang vor Konsumentenbedürfnisse zu stellen, schaffen wir keinen Mehrwert. Insbesondere keinen kulturellen.

Nichtsdestotrotz war der Abstimmungskampf über ein Referendum, das wir als Jungfreisinnige Schweiz eigentlich im Alleingang lanciert haben, ein grosser Erfolg: Wir hatten deutlich mehr Medienpräsenz als die gleichzeitige Abstimmung über den Frontex-Ausbau, welchen die Jungsozialisten verhindern wollten; wir konnten uns auf diversen Podien schweizweit pro-

filieren und vielen jungen Menschen aufzeigen, was liberale Politik für uns bedeutet – auch wenn es nur um 18 Millionen im Jahr geht.

Ein Letztes möchte ich Euch auf den Weg geben: Als junge Liberale in Europa ist unsere tägliche politische Arbeit ganz besonders wichtig. Jede und jeder von Euch trägt einen kleinen, aber wichtigen Teil dazu bei. Es ist mir eine Ehre, mit den JuLis als wichtigsten Partner international zusammenzuarbeiten. Liberalismus ist das Fundament des Erfolgs aller grossen europäischen Staaten. Verhindern wir gemeinsam, dass dies in Vergessenheit gerät.



Philipp Eng
ist im Vorstand und International
Officer der Jungfreisinnigen. Ihr er-
reicht ihn unter: [philipp.eng@jung-
freisinnige.ch](mailto:philipp.eng@jung-
freisinnige.ch) (+41 79 837 94 81)

ZWISCHEN KÜNSTLERISCHER FREIHEIT UND POLITISCH RADIKALEN KUNSTWERKEN – EINE KONTROVERSE OHNE DEFINIERBARE MITTE

Erst vor Kurzem ist bei der documenta in Kassel ein Kunstwerk durch antisemitische Hintergründe aufgefallen. Es sei bereits schon vor der Ausstellung zu Diskussionen bezüglich des Gemäldes «Peoples Justice» der indonesischen Künstlergruppe Taring Padi gekommen. Das Gemälde thematisiere die gewaltsame Diktatur in Indonesien während des 20. Jahrhunderts, jedoch mit Figuren, die antisemitische Verhaltensmuster aufweisen würden. Letztendlich hat es das Kunstwerk doch in die Ausstellung geschafft. Es hat jedoch nicht lange gedauert und Empörung ist groß geworden. Das Gemälde ist aufgefallen. Es sei politisch inkorrekt und würde falsche Werte vermitteln. Für die documenta, die bereits auch ohne diesen Vorfall durch antisemitische Verhaltensmuster in die Kritik geraten ist, ein fataler Skandal.

Doch ab wann darf man einem Kunstwerk vorwerfen, dass es inkorrekte Werte ausdrückt? In einem demokratischen Land, in dem es jedem einzelnen Individuum gestattet ist, seine Meinung frei auszudrücken, gehen die Toleranzgrenzen weit auseinander. Doch irgendwann müssen auch Abstriche gezogen werden. Es handelt sich nun mal um ein Werk, das in einer international bekannten Ausstellung von unzähligen Menschen betrachtet werden soll und es ist allseits bekannt, dass politische Kunst gerne mal als Meinungsmacher genutzt wird – oft auch unterbewusst.

Das Gemälde ist bereits zwei Jahrzehnte zuvor entstanden und in vielen anderen Ländern ausgestellt worden. Bisher ohne einen solchen Widerstand, wie wir ihn kürzlich im Falle des

Gemäldes «Peoples Justice» erlebt haben. Unzweifelhaft liegt das an der Historie Deutschlands und der damit verbundenen Empfindlichkeit, was antisemitische Äußerungen angeht. Es wäre vermutlich ein noch viel größerer Skandal, das Werk unberührt weiter ausstellen zu lassen.

Doch wie konnte es überhaupt so weit kommen?

Es gibt viele Gremien, die über politisch kritische Werke wachen und ein Auge darauf haben, dass ein harmlos wirkendes Bild möglicherweise verhüllte, diskriminierende oder rassistische Werte zum Ausdruck bringt. Dennoch ist das Gemälde ausgestellt worden. Die Künstler haben vermutlich nicht vorgehabt, unterschwellig antisemitische Werte zu vermitteln, wenn auch, möglicherweise unterbewusst, haben sie dies dennoch getan. Offensichtlich hat die Künstlergruppe auch einen ganz anderen Umgang mit Antisemitismus, als man ihn hier aus Deutschland kennt.



Man muss sich immer vor Augen führen, was der Künstler mit seinen Werken bezwecken und ausdrücken möchte, um seine Werke zu verstehen. Es wird ein Thema bleiben, über das man noch in Jahren diskutieren wird.

Es ist richtig reagiert worden, das Gemälde aus der Ausstellung zu entfernen, da es in unserer Gesellschaft zu großen Teilen auch erwartet worden ist. Man hätte ein falsches Bild vermittelt, wenn man sich dazu entschlossen hätte, wissend das Gemälde weiterhin für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Doch kann man immer wieder nach diesem Muster verfahren? Künstlern verbieten, ihre Gemälde an die Öffentlichkeit zu bringen, weil sie politisch inkorrekt sind? Wenn man wollen würde, könnte man vermutlich in jedem dritten Kunstwerk auf irgendeine Weise eine politische Inkorrektheit festmachen.

Die Schwelle zwischen künstlerischer Freiheit und unangebrachten Verbildlichungen ist in vielen Fällen sehr dünn. Je kritischer unsere Gesellschaft wird, desto schwieriger wird es auch für Künstler ihren Anforderungen gerecht zu werden. Es liegt wohl an uns, uns selbst ein Bild von künstlerischer Freiheit zu machen, um über solche Situationen zu walten.



Sarah Keitzl (18)

kommt aus dem Rodgau und macht momentan ihr Abitur. Nach dem Abschluss möchte sie gerne etwas in Richtung Außenpolitik, bzw. Diplomatie machen. In ihrer Freizeit beschäftigt sie sich gerne mit Musik und Kunst und schätzt die Weiterbildung durch politische Interaktion.



Kunst dient in all ihren Facetten häufig nicht allein der Unterhaltung, sondern erhebt auch einen Anspruch auf gesellschaftlichen Diskurs. Musikfestivals, Theateraufführungen oder eben Kunstausstellungen, wie die aktuell in Kassel stattfindende documenta fifteen (d15), werden aber auch als Wirtschaftsfaktor gesehen. Seien es Steuereinnahmen durch Hotelübernachtungen und Verzehr, der temporäre Kundenzuwachs im Einzelhandel oder die Aufmerksamkeit bei internationalem Publikum, was zu mehr Tourismus in Kassel führt: Das alles sind wichtige wirtschaftliche Aspekte für die Stadt. Das Alleinstellungsmerkmal, eine der weltweit bedeutendsten Kunstausstellungen in der nordhessischen Metropole auszurichten, prägt das Standortmarketing und das Selbstverständnis der „documenta-Stadt Kassel“.

Wie sehr jede documenta-Ausstellung die Stadt bereichert, zeigt sich bereits daran, dass in der jüngeren Vergangenheit nur 7 % der documenta-Besucher aus Kassel kamen. Dabei waren bei der documenta 14, die erstmalig auch im griechischen Athen gastierte, allein in Kassel über 890.000 Besucherinnen und Besucher. Während der 100 Tage, an denen die documenta stattfindet, werden in der Stadt die Mehreinnahmen auf mindestens 20 Millionen Euro beziffert. Führt man sich diese Zahlen vor Augen, ist die Relevanz der Kunstausstellung für Kassel und Umgebung, auch in Bezug auf die Wirtschaft, nicht von der Hand zu weisen.

Wie sich die Zahlen in diesem Jahr entwickeln, bleibt abzuwarten. Schuld an einem möglichen Rückgang der Besucherzahlen hat dann wohl weniger die auslaufende Corona-Pandemie als vielmehr der Skandal um das kuratierende Künstlerkollektiv „ruangrupa“.

Zur documenta gehört der Skandal. Die documenta lebt von der Bereitschaft zur Skandalisierung. Eine Ausstellung, die sich als eine Weltschau aktueller Entwicklungen in der

bildenden Kunst versteht, muss kulturelle, ästhetische und soziale Grenzen überschreiten. Jede Innovation erfordert die Bereitschaft, den gewohnten Rahmen zu sprengen. Wenn sich die Welt der Kunst in Kassel trifft, dann laufen dort jene gesellschaftlichen und politischen Konfliktlinien zusammen, auf denen kritische und mutige Künstlerinnen und Künstler ihre eigenen Wege finden.

Die d15 macht allerdings mit einem Skandal von sich reden, der nicht unwillkommener sein könnte: Antisemitismus. Auf dem zentralen Friedrichsplatz hing für wenige Tage das großformatige Banner „People’s Justice“ aus Indonesien. Unter dem Sammelsurium an Karikaturen, die diktatorische Systeme kritisieren sollen, finden sich auch Darstellungen eines schweinsgesichtigen Mossad-Agenten sowie eine dämonische Gestalt mit Schläfenlocken und SS-Runen auf dem Hut. Im Herzen der documenta wurde mit der „Judensau“ und dem teuflischen



lichsten Art präsentiert. Von einer überforderten documenta-Generaldirektion wurde das Banner zunächst nur verhüllt und kurze Zeit später auf inneren wie äußeren Druck hin ganz entfernt.

Andernorts in Kassel setzt das palästinensische Ölgemälde „Guernica Gaza“ die israelische Armee auf eine Stufe mit der Legion Condor der Wehrmacht, die im spanischen Bürgerkrieg die baskische Stadt Guernica bombardierte. Und an dritter Stelle werden pro-palästinensische Propagandafilme aus den 70ern gezeigt, die sich ein belgisch-palästinensisches Kollektiv ausgeliehen hat von einem japanischen Linksterroristen, dessen „Japanische Rote Armee“ nicht nur enge Kontakte zur RAF unterhielt, sondern auch für tödliche Anschläge in Israel verantwortlich ist.

Vielleicht stellt diese jüden- und israelfeindliche Kunst nur die Spitze des Eisbergs dar, denn während wir diese Zeilen schreiben, läuft eine umfassende Prüfung aller auf der d15 gezeigten Werke. Wie kam es zu solchen Entgleisungen auf der documenta? Wer ausstellen darf, entscheidet allein der jeweilige Kurator, der für jede documenta-Ausstellung von einer Findungskommission ausgewählt wird. Für die d15 trägt das indonesische Kollektiv ruangrupa die kuratorische Verantwortung. Ruangrupa hat sich vorgenommen, den Selbstanspruch der Weltausstellung documenta auf die Probe zu stellen: Der sonst dominierende Kunstbetrieb der Nordhalbkugel tritt zurück zugunsten einer Perspektive der Südhalbkugel, die geprägt sein soll von Solidarität, Teilhabe und Gemeinschaft.

Wem gilt ruangrupas Solidarität? Das Kasseler Bündnis gegen Antisemitismus hatte bereits vor Monaten recherchiert, dass sich mehrere der nun ausstellenden Künstler und auch manche ruangrupa-Mitglieder für die BDS-Bewegung engagieren. Bei BDS (Boycott, Divestment and Sanctions) handelt es sich um eine internationale, pro-palästinensische Kampagne, die Israel wirtschaftlich, kulturell und politisch vollständig isolieren will, um jüdisches Leben von dort zu verdrängen. Diese Bewegung ist mindestens antizionistisch und gilt vielfach als antisemitisch. Der Deutsche Bundestag verurteilte 2019 mit den Stimmen von Union, SPD, FDP und Grünen den BDS als antisemitisch und sprach sich gegen jede öffentliche Finanzierung dieser Bewegung aus.

Dass ruangrupa eine problematische Haltung im Nahostkonflikt vertritt, ließ sich schon erahnen, als mehrere palästinensische Künstler zur d15 eingeladen wurden, aber kein einziger jüdischer Israeli. Die Kritik an diesen Umständen taten ruangrupa und die Leitung der documenta zunächst als rassistische Vorbehalte gegenüber Indonesien ab. Weil die Debatte nicht verstummte, sollte sie in eine Diskussionsreihe ausgelagert werden, die allerdings nie stattfand. Denn zu viele Diskutanten hatten ihre Teilnahmebereitschaft zurückgezogen.

Die Verantwortlichen der d15, insbesondere die Generaldirektorin Sabine Schormann und der Aufsichtsratsvorsitzende Christian Geselle (zugleich Kassels Oberbürgermeister) zogen sich stets auf die Kunstfreiheit zurück. Für Liberale ist es allerdings höchst problematisch, das Grundrecht der Kunstfreiheit auszuspielen gegen die historische Verantwortung Deutschlands und die daraus erwachsende Staatsraison, Israels Existenzrecht niemals zur Diskussion zu stellen.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat seine Rede zur Eröffnung der documenta mit dem Geständnis eröffnet, dass er angesichts der Vorwürfe lange überlegt habe, ob er überhaupt nach Kassel kommen sollte. Zu diesem Zeitpunkt hing das antisemitische Banner „People’s Justice“ aus restauratorischen Gründen noch nicht. Andernfalls hätte Steinmeier seine Teilnahme sicherlich ebenso abgesagt wie inzwischen Bundeskanzler Olaf Scholz. Nicht nur der Bundespräsident fragt sich, ob es neben der Kunstfreiheit nicht auch andere Werte geben muss. Wenn wir keine ethischen Grundfesten mehr hätten, worin sollten uns Skandale dann noch erschüttern?

Die Leitung der documenta hat mittlerweile mehrere Entschuldigungsschreiben veröffentlicht und sich unter anderem auf kulturelle Missverständnisse berufen. Für uns liegt das einzige Missverständnis darin, dass die Verantwortlichen nicht unverzüglich ihren Rücktritt erklärt haben. Mit fähigem Personal kann die documenta wieder ein Ereignis der kulturellen Offenheit sein.



Hadrian Mattern (32)

ist stellvertretender Regionalvorsitzender der JuLis Kassel. Er hat Geschichte, Archäologie und Kunstgeschichte studiert und lebt mit Frau und Töchtern in der documenta-Stadt. Ihr erreicht ihn unter hadrian@julis.de



Nils Walter (20)

ist Regionalvorsitzender der JuLis Kassel. Er strebt ein Studium der Humanmedizin an. Ihr erreicht ihn unter nils.walter@julis.de



BRAUCHEN WIR NOCH **ARD UND ZDF?**



Wohl kaum ein anderes Thema hat die JuLis seit ihrer Gründung so häufig beschäftigt wie gerade der öffentlich-rechtliche Rundfunk und die leidige „GEZ-Gebühr“. Und tatsächlich besteht besonderer Anlass, diese Debatte jetzt ergebnisorientiert zu intensivieren.

Deutschland leistet sich den mit Abstand teuersten öffentlich-rechtlichen Rundfunk der Welt. Jährlich rund 8,5 Milliarden Euro an „Beiträgen“ müssen alle Bürgerinnen und Bürger berappen – unabhängig davon, in welchem Umfang sie dieses Programmangebot überhaupt nutzen. Weitere 600 Millionen Euro generieren ARD und ZDF zusätzlich an Werbeeinnahmen. Dafür fluten sie die Republik mit 21 TV- und 73 Radioprogrammen.

Doch Quantität schafft nicht zwangsläufig auch Qualität. Die durch Zuschauerquoten dokumentierte Akzeptanz nimmt – nur kurzfristig unterbrochen durch den Corona-Lockdown – seit Jahren kontinuierlich ab. Insbesondere die jüngere Generation kehrt in Scharen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk- (insbesondere Fernseh-)Programmen den Rücken und fragt verständlicherweise, weshalb sie als

vermeintliche „Teilnehmer“ einen Zwangsbeitrag von stolzen 220,32 Euro pro Jahr erbringen müssen.

Die anschwellenden Proteste haben sowohl die Rundfunkanstalten als auch die Politik aufgeschreckt. Anfang Juni 2022 haben sich die Regierungschefs der Länder auf den Entwurf eines „_Staatsvertrages zur Modernisierung der Medienordnung in Deutschland_“ verständigt, den allerdings noch alle 16 Landtage verabschieden müssen. Kann dieser Staatsvertrag in der vorgelegten Fassung diesen hehren Anspruch erfüllen? Verdient er die politische Unterstützung durch JuLis und FDP?

Der geplante Staatsvertrag bringt durchaus einige Neuerungen. Ausführlicher als bisher sollen den Sendern Standards für ihre Programmgestaltung vorgegeben werden, deren Einhaltung von den Aufsichtsgremien zu überwachen sind. Den Anstalten und ihren Gremien wird endlich auch auferlegt, Kriterien zur wirkungsvolleren Kontrolle der Haushalts- und Wirtschaftsführung zu definieren.

DEBATTENARENA

QUALITÄT STATT QUOTE

3800 Folgen „Sturm der Liebe“, 800 Folgen „In aller Freundschaft“, 90 Folgen „Das Traumschiff“ – jeden Abend überfluten uns die öffentlich-rechtlichen Sender mit schlechter Unterhaltung. Wer? Wer danach gefragt hat? – Ich war es jedenfalls nicht und trotzdem müssen alle deutschen Haushalte jedes Jahr Unsummen für eben jenes „Angebot“ zahlen.

Um den Wert des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu verstehen müssen wir uns zu Beginn klar machen, wie seine Aufgaben und Funktionen definiert sind. Das Bundesverfassungsgericht entschied 1971, dass der Rundfunk „Sache der Allgemeinheit“ sei und „in voller Unabhängigkeit überparteilich betrieben und von jeder Beeinflussung freigehalten werden“ müsse. 1986 umschrieb das Bundesverfassungsgericht die Funktionen des Rundfunks als „Grundversorgung für die demokratische Ordnung ebenso wie für das kulturelle Leben der Bundesrepublik“. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk soll also im Interesse der Allgemeinheit handeln, genauso wie eine vielfältige Meinungslandschaft in Deutschland aufrechterhalten und befördern.

Kritiker des öffentlich-rechtlichen Rundfunks betonen häufig, dass auch private Medien diesen Auftrag erfüllen würden. Damit haben sie vollkommen Recht. Auch FAZ, die Welt oder Facebook, tragen zum Erhalt einer vielfältigen Meinungslandschaft bei. Der Unterschied liegt jedoch im Kern der Institutionen: Private Medien sind ihren Aktionären und Aktionärinnen unterstellt. Daraus folgt, dass sie das

liefern was nachgefragt wird, nicht immer das was gerade für die Demokratie förderlich wäre. Sie werden nie so differenziert, divers und umfangreich berichten können, wie die öffentlich-rechtlichen Sender, weil sie eben nur das senden können, was am Ende eine gute Quote bringt. Auf dem Markt führt ein solcher Mechanismus zu guten Ergebnissen, bei der Informationsbeschaffung kann dies aber schnell zu einem Problem werden.

18,36 Euro bezahlen wir jeden Monat für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk – ob wir wollen oder nicht. Häufig sprechen wir Liberalen in diesem Zusammenhang von einem „Zwangsbeitrag“, weil wir den öffentlich-rechtlichen Rundfunk finanzieren müssen, auch wenn wir ihn nicht in Anspruch nehmen. Wenn ich etwas nicht benutze, profitiere ich auch nicht davon – oder? Provokante Zungen behaupten, dass auch genau diejenigen vom ÖRR profitieren, die ihn nicht nutzen. Eine vielfältige Meinungslandschaft und ein großes Bildungsangebot, würden schließlich der Demokratie zu Gute kommen – wäre das nicht im Sinne aller?

Der Rundfunkbeitrag wird auf Grundlage einer „Bedarfsanmeldung“ durch die Rundfunkanstalten von der KEF (die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten), ermittelt. Über diese Mittel können die Sender dann frei und unabhängig entscheiden. Der ÖRR hat umfangreiche Ressourcen und dadurch sehr gut ausgestattete Redaktionen, was eine sehr hohe Qualität in der Berichterstattung ermöglicht. Wegen der schweren Finanzierbarkeit der privaten Medien, müssen diese im Kern einsparen und ihr journalistisches Netzwerk auf ein Minimum reduzieren. Im Umkehrschluss profitieren die privaten Sender dann von



dem immer noch sehr guten öffentlich-rechtlichen Korrespondentennetz, auf welchem sie ihre Berichterstattung aufbauen.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist „unser“ Rundfunk. Wir finanzieren ihn und gleichzeitig ist er verpflichtet im Sinne der Allgemeinheit zu handeln. Er ist weder staatlichen Organen noch wirtschaftlichen Interessen unterstellt - er setzt auf Qualität statt Quote. Der ÖRR muss die Marke des Qualitätsjournalismus sein, auf die wir uns verlassen können.

3800 Folgen „Sturm der Liebe“ kann nicht die „Benchmark“ des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sein. Der ÖRR sollte endlich weniger Zeit und Geld in das Mieten von Traumschiffen aufwenden und sich mehr auf seine journalistischen Aufgaben konzentrieren. Der ÖRR sollte weniger Mittel in minderwertigen „funk“-Reportagen verschwenden und seine Gelder gezielter und effizienter einsetzen. Der ÖRR muss sich fortlaufend Kritik stellen und

für Reformen offen sein. Es ist mehr als richtig, dass wir den ÖRR so wie er ist kritisieren, es wäre jedoch fatal ihn im Kern zu ersticken und ihn generell zu hinterfragen. Der Wert des öffentlich-rechtlichen Rundfunks für unsere demokratische Gesellschaft kann schlussendlich kaum hoch genug geschätzt werden.



Maxima Trabert (18) ist Schülerin und kommt aus dem KV Offenbach. Als Mitglied des Landesvorstands arbeitet sie im Ressort Presse mit. Ihr erreicht sie unter maximatrabert@julis.de

DEBATTENARENA

ÖRR IST MIST

Böhmermann, Frontal 21 und Funk. Die besonders Empfindlichen unter den Kritikern des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR) werden bei diesen drei Namen schon einen erhöhten Ruhepuls bekommen haben. Und ich will nicht wirklich sagen „Zu Recht!“, aber es ist zumindest verständlich.

Der ÖRR als Struktur und Institution ist ein Relikt, ein deutsches Nachkriegsphänomen, welches aus einer Zeit kam,

in der Information so gut wie nur über Presse, Radio und Fernsehen zu erhalten war. Die Intention war es eine gesicherte und unabhängige, sowohl finanziell als auch inhaltlich, Nachrichtenquelle zu ermöglichen. Vierte Säule des Staates sagen viele zu einer unabhängigen Presse.

Doch grundsätzlich liegt das Problem des ÖRR in der Struktur und nicht unbedingt an Böhmermann oder dem Fernsehgarten, so seltsam diese Programmmentscheidungen doch sind. Es liegt ferner daran, dass der gesamte Apparat der öffentlich-rechtlichen so unglaublich aufgebläht und sinnbefreit ist.

Es gibt allein 23 Fernsehsender, 5 Mediatheken, 3 Bundesweite Radiosender und knapp 70 regionale Radiosender. Die meisten dieser Sender senden 24/7. Und das kostet die Bürger kollektiv rund 8,1 Milliarden Euro. Und die müssen die Bürger bezahlen, egal ob sie das Angebot nutzen oder nicht, unabhängig von ihrer persönlichen Lage.

Wenn man nun kritisiert, dass es eine unnötige, verschwenderische, viel zu teure Struktur ist, dann hört man oft die Formulierung: „Das ist eine Demokratieabgabe!“. Ist es?

Ist es demokratiefördernd Florian Silbereisen mit irgendwelchen F – Promis rumhampeln zu lassen, ist es demokratiefördernd, wenn Funk ein Meme teilt, wohlwissend, dass das Internet geflutet ist mit Memes und zu guter Letzt, was

genau ist fördernd für die Demokratie, wenn man beim Tatort irgendwelche Morde in grafischem Detail mitbekommt? Genau ... Nix Demokratie, der ÖRR ist zu großem Teil ein schlichtes Entertainment Netzwerk geworden.

Und die Rap-Labels, Clubs, Bars und Techno Festivals werden nicht per Staatsgewalt finanziert, warum also der ÖRR? Die konsequente Privatisierung eines jeden Unterhaltungsangebotes ist der richtige und eigentlich selbsterklärende Weg für den ÖRR. Denn Wachtmeister XYZ im Tatort, Florian Silbereisen und der Fernsehgarten haben nichts mit der deutschen Demokratie zu tun.

Und Kritiker kriegen noch was anderes ab: „Die machen ihren Auftrag zum wohl der Allgemeinheit und haben Zeit und Ressourcen und sind nicht an irgendwelche Trends gebunden, um zu überleben!“

Bei diesen Aussagen und Aussagen, die ähnlich formuliert sind, bekomme ich meistens Kopfschmerzen, denn die wirklich exzellenten Investigativ Journalisten kommen selten bis nie aus dem öffentlich-rechtlichen Bereich. Unser Hauseigener FDP-Hessen Skandal wurde nicht vom ÖRR entdeckt, Panama Papers wurden nicht vom ÖRR ausgewertet

und ich habe bei Gott noch nie einen ÖRR Mitarbeiter/Journalisten so nah an den Krisen dieser Welt gesehen wie Paul Ronzheimer. Kurz um, statt qualitativ hochwertig wichtigen Journalismus zu betreiben, wird lieber die millionste Folge des „Bergdoktors“ gedreht, weil es keinen Anreiz gibt Sensationen tatsächlich so aufzuarbeiten wie Private. Denn komme was wolle, den ÖRR gibt es immer dank der deutschen Staatsgewalt.

Doch dieser Wille zur Reform besteht nicht bei dem ÖRR selbst. Im Gegenteil, sie nutzen ihre staatlich gegebene Sicherheit und Medienmacht, um Kritiker des ÖRR zu denunzieren oder sogar, im Falle Nicole Diekmann, gezielt Falschinformationen zu verbreiten.

Was mich persönlich zu dem Schluss kommen lässt, dass das Konzept in seiner derzeitiger Form nicht reformierbar ist, was nur die konsequente Privatisierung und Auflösung über lässt.

WER ÜBERZEUGT DICH MEHR? MAXIMA ODER JOHANNES? STIMME HIER AB!



Johannes von Ofen

ist Kreisvorsitzender der JuLis Frankfurt. Du erreichst ihn unter: Johannes.vonofen@julis-frankfurt.de



Fernsehgarten abholzen!

**18,36 € monatlich für Traumschiff & Fernsehgarten? Moderne Medien?
Zeitgemäße Medienordnung!**

Wir Junge Liberale setzen uns für einen schlanken Öffentlich-Rechtlichen-Rundfunk ein, der sich auf seine Kernaufgaben - Information und politische Bildung - beschränkt. Durch eine Reduzierung der Senderanzahl und ein Verzicht auf teure Sportübertragungsrechte und Unterhaltungsangebote wollen wir den Rundfunkbeitrag drastisch senken. Mehr Geld für Dich, weniger für den Fernsehgarten. Denn Oma bezahlt ja schließlich auch nicht für deinen Netflix-Account. An unserem zentralen Aktionstag im September letzten Jahres haben wir uns in Frankfurt vor dem hr-Fernsehen für eine resolute Rundfunkreform eingesetzt.





Recap: Big BEUTH is watching you

Bist Du verdächtig?

Die Schwarz-Grüne Koalition in Wiesbaden meint: Ja, das bist du!

Denn mit den geplanten Änderungen des hessischen Sicherheitsgesetzes will die hessische Landesregierung eine flächendeckende Videoüberwachung in ganz Hessen ermöglichen. Wir sprechen uns als Junge Liberale Hessen gemeinsam mit den Jusos Hessen klar gegen die Pläne der Landesregierung aus. Dafür haben wir am 15. Juli auf dem Schloßplatz in Wiesbaden unsere Meinung kundgetan. Als Speaker durften wir den stellvertretenden Vorsitzenden und innenpolitischen Sprecher der Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag, Stefan Müller MdL, sowie die innenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion und Vizepräsidentin des Hessischen Landtages, Heike Hofmann MdL begrüßen.





»Neues aus dem Landtag«

In den kommenden Plenarsitzungen im Juli behandeln wir ein Herzensthema von uns JuLis und mir persönlich: das Wahlrecht ab 16 Jahren bei Kommunalwahlen. Fakt ist: Wir JuLis haben dieses Thema über Jahre nach vorne getrieben. Seit dem JuLi-Wahlprogramm 2013

steht das Wahlrecht ab 16 auf der Liste unserer Forderungen.

Alle JuLi-Bundesvorsitzenden, von Lasse Becker bis Franziska Brandmann, haben sich seitdem für das Thema stark gemacht und viel Überzeugungsarbeit

geleistet. Sowohl innerhalb der Freien Demokraten als auch darüber hinaus. Das aktive Wahlrecht ist der Schlüssel zur politischen Partizipation. Dies wurde uns von sämtlichen Experten bei den Anhörungen im Innenausschuss bestätigt. Auch sah die Mehrheit der Fachleute, dass die Absenkung des Wahlalters verfassungsrechtlich zulässig und vor dem Hintergrund der Generationengerechtigkeit sinnvoll ist.

Der Rechtswissenschaftler Hermann Heußner von der Hochschule Osnabrück argumentierte sogar, dass das Wählen mit 16 eingeführt werden müsse, da mittlerweile belegt sei, dass Menschen im Alter von 16 und 17 bereits ausreichend einsichtsfähig seien, um eine Wahlentscheidung zu treffen. Man darf ihnen ihr „demokratisches Existenzminimum“, also das Wahlrecht, nicht länger vorenthalten. Jeder, der schon einmal an einem Landeskongress der JuLis teilgenommen hat, wird bestätigen, wie viele kluge Ideen hier debattiert und entwickelt werden. Viele von

ihnen kommen von JuLis, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Einige finden nach und nach bei den Freien Demokraten Anklang und landen schlussendlich im Wahlprogramm. Politikverdrossenheit oder Desinteresse an aktuellen Fragestellungen wird man jedoch nicht vorfinden.

Schon im Wahlkampf für die Landtagswahl 2018 betonten SPD, Grüne und wir Freie Demokraten, wie wichtig es ist, Jugendliche für die Politik zu begeistern und sie an der demokratischen Meinungsbildung teilhaben zu lassen. Im Hessischen Landtag haben wir nun die Chance, dies in Hessen umzusetzen. Mit den gemeinsamen Stimmen von SPD, Grünen und uns Freien Demokraten hätten wir die notwendige Mehrheit, das Alter für das aktive Wahlrecht bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre zu senken.

Umso trauriger ist es, dass die Grünen aus Gründen der Koalitionsdisziplin gegen ihre eigenen Ziele abstimmen werden. In 11 unserer 16 Bundesländer dürfen Jugendliche an Kommunalwahlen teilnehmen, in 4 sogar an der Landtagswahl. Überall zeigt sich, dass Jugendliche extremistische Ideen ablehnen und Extremisten keine Stimme geben. Dennoch weigert sich die hessische CDU mit aller Vehemenz, jungen Menschen zu ermöglichen, Politik aktiv mitzugestalten. „Das bisherige Wahlrecht hat sich bewährt“, höre ich immer wieder von dieser Seite, womit nichts anderes gemeint ist als „das haben wir schon immer so gemacht“.

Jüngst musste ich mir auf einem parlamentarischen Abend von einem CDU-Funktionär anhören, seit wann denn nun auch Kinder in den Landtag dürften. Dies ist eines von vielen Beispielen, welches zeigt, wie realitätsfern und veraltet das

Weltbild der Christdemokraten ist. Mit der Verweigerung des Wahlrechts ab 16 Jahren nimmt die CDU Jugendlichen ihr demokratisches Existenzminimum, also ihr Mitbestimmungsrecht. Gleichzeitig mangelt es an politischem Willen seitens der Grünen, sich für die Interessen junger Menschen einzusetzen. Beides ist nicht hinnehmbar!

Aber genau das braucht es jetzt! Es braucht einen Aufbruch in der Kinder- und Jugendpolitik. Allein in Hessen leben ca. 150.000 Jugendliche im Alter von 16 und 17 Jahren, denen ausschließlich aufgrund ihres Alters die politische Mitgestaltung in der Finanz-, Digital-, Schul- und Klimapolitik verwehrt wird. Wir setzen bei Jugendlichen ein gewisses Maß an Eigenverantwortung voraus: Sie dürfen ihre Religion frei wählen, können strafrechtlich belangt werden, dürfen sich in Parteien engagieren und mit Zustimmung der Eltern bereits ab 16 Jahren heiraten. An der Wahlurne sprechen wir ihnen dann jedoch die Fähigkeit ab, Entscheidungen basierend auf ihrer eigenen Meinung zu fällen?! – Das ist paradox.

Das Verhalten von CDU und Grünen ist symptomatisch für die schwarz-grüne „Weiter-So!-Politik“. Jugendliche brauchen eine starke Stimme, die sich um die Wünsche, Bedürfnisse und Zukunftsvorstellung junger Menschen ausreichend kümmert. Eine entsprechende Stimme gehört in die Wahlurne! Liebe JuLis, lasst euch nicht entmutigen, wir werden gemeinsam weiterhin für das Wahlrecht ab 16 streiten!

Folgt ihr Lisa schon in den sozialen Medien? Nein? Dann schaut gerne mal vorbei!



INSTAGRAM: @LISA_DEISSLER



FACEBOOK: @LISADEISSLER

Eure Gedanken dazu und weitere Themen, die euch bewegen, könnt ihr mir gerne jederzeit schreiben. Auch für Lob, Kritik oder einfach den Austausch mit euch bin ich dankbar. Meldet euch einfach unter l.deissler@ltg.hessen.de

Eure Lisa!



What happened @ Lako



Zu unserem Landeskongress, der vom 21. bis 22. Mai in Bad Homburg stattfand wurden mit knapp 100 Anträgen eine enorme Anzahl an Anträgen eingereicht, was einmal mehr das enorme programmatische Engagement unserer Kreisverbände und Landesarbeitskreise aufzeigt. Zwar konnten wir die Anträge natürlich nicht alle auf dem Kongress diskutieren, jedoch konnten wir unsere Beschluss-

lage an einigen Punkten erweitern. So wurden unter anderem Anträge zur Abschaffung der Kirchensteuer, zur Einführung eines Pflichtfaches Informatik an hessischen Schulen und zur Senkung der Selbstmordrate unter Trans* und nicht-binäre Menschen beschlossen. Im Hinblick auf die Landtagswahlen 2023 und unser jungliberales Landtagswahlprogramm stehen diese Beschlüsse

durchaus exemplarisch für unseren Anspruch an die hessische Landespolitik. Als liberale Überzeugungstäter ist es uns wichtig für ein modernes, innovatives und progressives Hessen zu streiten. Nach bald einem Jahrzehnt schwarz-grünem Stillstand ist dies wichtiger denn je.



What happened @ Buko

Bereits kurz nach unserem Landeskongress fand vom 04. bis 05. Juni der Bundeskongress in Pforzheim statt. Der Kongress widmete sich allen voran der Programmatik und als Landesverband Hessen konnten wir viele Erfolge feiern. In enger Zusammenarbeit, insbesondere mit den Landesverbänden Bayern und Nordrhein-Westfalen, konnten wir einen Paradigmenwechsel in der jungliberalen Energiepolitik herbeiführen und erfolgreich für eine vorübergehende Laufzeitverlängerung der noch laufenden AKWs, sowie für eine offene Haltung zu neuen Entwicklungen und den sich daraus ergebenden Chancen, in der Kernkraft plädieren. Dass Christian Lindner bereits kurz nach der Annahme des Beschlusses einen klar bemerkbaren Wechsel in der Kommunikationslinie zur Kernkraft bewältigt hat zeigt klar, dass wir JuLis eine große Wirkkraft haben können.

Jedoch konnten wir auch noch mit anderen Themen außer Kernkraft punkten. So wurde ein Antrag gegen die EU-Chatkontrolle den wir als Landesverband ebenfalls als Co-Antragsteller mitgestellt haben

mit überwältigender Mehrheit beschlossen. Dieser klare Beschluss, wie auch die klare Haltung der Freien Demokraten, zeigt, dass es nur mit der FDP eine klare Verteidigung der Bürgerrechte und der Privatsphäre gibt.

Des Weiteren war es uns ebenfalls möglich den Leitantrag des Bundesvorstandes zum Thema Baupolitik bereits im Vorfeld des Kongresses mit einigen Punkten aus unserer Beschlusslage zu

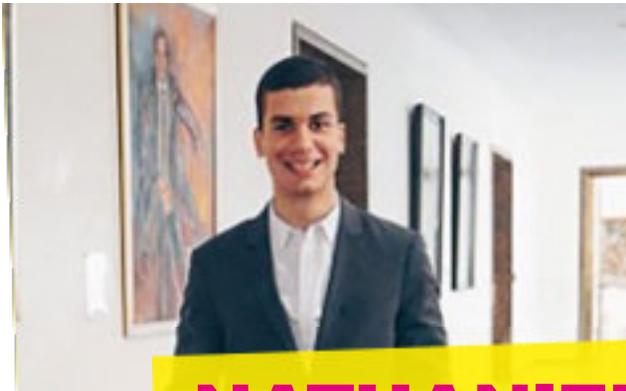
ergänzen und wir konnten zusammen mit den Landesverbänden Nordrhein-Westfalen und Berlin erfolgreich einen Änderungsantrag zur mittelfristigen Abschaffung der Grunderwerbssteuer durchsetzen. Darüber hinaus wurden noch zwei weitere Anträge zum Russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und zum Thema Schwangerschaftsabbrüche verabschiedet, welche die Beschlusslage der Jungen Liberalen auf der Bundesebene sinnvoll ergänzen.







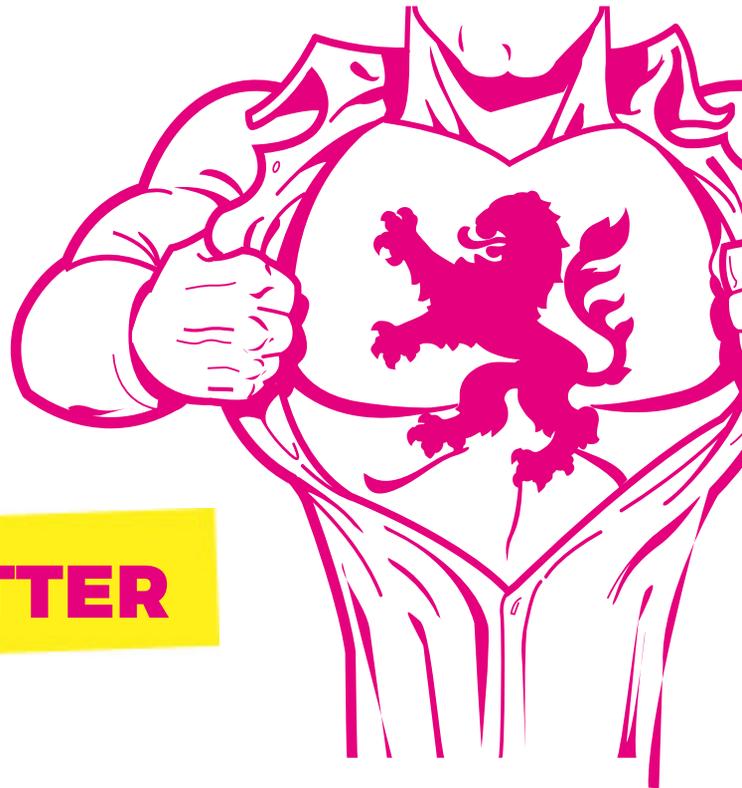
UNSERE LOKALHELDEN VOR ORT IM BEZIRK RHEIN-MAIN



NATHANIEL RITTER

Alter: 24
Jurist

Stadtverordneter in Frankfurt am Main sowie Ortsbeirat Westend/Bockenheim



FRANKFURT

Welche Herausforderungen gibt es in deiner Region/Stadt, mit denen du dich konfrontiert siehst?

Nachdem die neue Koalition an Fahrt aufgenommen hat, konnten wir bereits wichtige Akzente in der Wirtschafts-, Verkehrs- und Sicherheitspolitik setzen. Aktuell werbe ich für verbesserte Ausbildungsbedingungen- und Möglichkeiten. Ich will unsere starke Wirtschaft erhalten und weiter ausbauen. Besonders die Industrie und das Handwerk benötigen neue Fachkräfte und Auszubildende.

Was ist deine Motivation Mandatsträger zu sein?

Frankfurt ist meine Heimat – für diese setze ich mich seit vielen Jahren ehrenamtlich ein. Als Kommunalpolitiker hat man nun viele Möglichkeiten, den Bürgern konkret zu Helfen und Probleme anzugehen. Besonders die Vielfalt der Themen begeistert und spornt mich jeden Tag an, das Beste zu erreichen.

Wofür setzt du dich explizit in deiner Region ein/ oder hast ggf. schon erreicht?

Wir setzen uns für eine stärkere Gewerbeansiedlung ein — damit sind nicht nur Banken gemeint. Wir wollen Frankfurt zu einem Hub für Start-Ups weiterentwickeln. Durch die Versäumnisse der letzten Koalition müssen wir nun viel aufholen.



CALVIN NIXON

Alter: 24

Student der Politikwissenschaften / Internationalen Beziehungen

Stadtverordneter in Dreieich, Mitglied des Ausschusses für Soziales, Sport & Kultur, Mitglied des Runden Tisch Radverkehrs

Welche Herausforderungen gibt es in deiner Region/Stadt, mit denen du dich konfrontiert siehst?

Als Mitglied des Ausschusses für Soziales, Sport & Kultur setze ich mich unter anderem intensiv mit den Themenblöcken Frühkindliche Bildung und Kinderbetreuung auseinander. Hier gibt es sowohl in Dreieich, als auch im Landkreis Offenbach, große Probleme ausreichend KiTa-Kapazitäten für alle Kinder zu schaffen und ausreichend Erzieherinnen und Erzieher anzuwerben. Im Bereich der Kinderbetreuung zeigen sich leider zunehmend infrastrukturelle Mängel an den betroffenen Schulen, was zu einem vermehrten Einsatz von Containern geführt hat. Auch wenn Container besser sind, als gar keine Häuslichkeiten für die Betreuung können sie keine langfristige Lösung sein.

Was ist deine Motivation Mandatsträger zu sein?

Meine Motivation Mandatsträger zu werden hatte sich insbesondere aus dem Willen begründet in meiner Heimatstadt eine politische Stimme für Jugendliche und junge Menschen stärker zu artikulieren.

Wofür setzt du dich explizit in deiner Region ein/ oder hast ggf. schon erreicht?

Im Themenbereich meines Ausschusses setze ich mich für eine Verbesserung der Bedingungen an unseren KiTas ein, insbesondere hinsichtlich der Schaffung höherer Kapazitäten und der Anwerbung neuer Erzieherinnen und Erzieher. Bei den letzten Haushaltsberatungen konnte ich bereits einige erfolgreiche Änderungsanträge zum Haushalt stellen, unter anderem zur Verringerung unnötig hoher Kosten bei der Renovierung alter Zäune. Ebenso konnte ich einen erfolgreichen Prüfantrag zur Aufstellung von Smart Benches in Dreieich stellen. In meinem zweiten Themenfeld Radverkehr- und Mobilität setze ich mich für eine Fortführung des Radschnellweges Darmstadt-Frankfurt entlang der Bahngleise von Langen, über Dreieich-Buchschlag nach Neu-Isenburg und Frankfurt ein, um die regionale Anbindung Dreieichs auch im Kontext der Verkehrswende sicherzustellen.



JULIA RUSSMANN

Alter: 23

Studentin der Rechtswissenschaft (auch, wenn ich bis zur Veröffentlichung dieses Magazins voraussichtlich schon fertig bin) und wissenschaftliche Mitarbeiterin in einer Kanzlei.

Fraktionsvorsitzende der FDP Bad Vilbel, Mitglied des Haupt- und Finanzausschusses

Welche Herausforderungen gibt es in deiner Region/Stadt, mit denen du dich konfrontiert siehst?

Wir müssen uns als FDP-Fraktion Bad Vilbel seit den Kommunalwahlen mit unserer neuen Rolle als Oppositionspartei auseinandersetzen. Dazu gehört auch, neue Wege zu finden, für die eigenen Ideen zu werben und sich für ein besseres und l(i)ebenswertes Bad Vilbel stark zu machen. Das ist, nach wie vor, eine Herausforderung, der wir uns gerne stellen. Für mich tritt hinzu, dass ich mich als junge Kommunalpolitikerin in meiner Rolle als Fraktionsvorsitzende beweisen muss. Obwohl das hin und wieder anspruchsvoll ist, bin ich sehr dankbar, dass ich die Chance bekommen habe, so schnell so viel Verantwortung übernehmen zu dürfen.

Was ist deine Motivation Mandatsträger zu sein?

Mich motiviert das entgegengebrachte Vertrauen der Wählerinnen und Wähler, die mich von einem aussichtslosen Listenplatz 6 zwei Plätze nach oben gewählt und mir damit dieses Mandat erst ermöglicht haben. Dazu tritt, dass ich als JuLi-Mandatsträgerin unmittelbar die Möglichkeit habe, unsere Ideen in ein kommunales Parlament zu tragen und unsere programmatische Arbeit noch sichtbarer zu machen.

Wofür setzt du dich explizit in deiner Region ein/ oder hast ggf. schon erreicht?

Meine Themen sind Innovation, Partizipation und Digitalisierung. Das fängt in der Verwaltung an und geht bis hin zu der Auseinandersetzung mit E-Fuels und besserer Informationsketten für Bürgerinnen und Bürger. Ich setze mich dafür ein, dass junge Menschen in Bad Vilbel mit mir eine Stimme bekommen und berücksichtigt werden.



PAULA PREISS

Alter: 23

Studium der Politikwissenschaften und Rechtswissenschaften Studentische Hilfskraft im Bundestagsbüro Peter Heide, MdB

Stadtverordnete und stellvertretende Fraktionsvorsitzende der FDP-Bad Nauheim Mitglied im Ausschuss für Soziales, Jugend und Senioren

WETTERAU

Welche Herausforderungen gibt es in deiner Region/Stadt, mit denen du dich konfrontiert siehst?

Die Stadt Bad Nauheim bietet im Hinblick auf Arbeitsplätze, Kultur und Freizeit viele Möglichkeiten. Besonders die verschiedenen medizinischen Angebote machen Bad Nauheim zur Gesundheitsstadt und überregional attraktiv. All dies zieht jährlich tausende Besucher in die Stadt. Leider sind in diesem Zusammenhang die Angebote für Jugendliche und junge Menschen sehr überschaubar. Diese Zielgruppe braucht vor Ort mehr Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung. Eine weitere Herausforderung, die alle Bürger Bad Nauheims betrifft, ist der ÖPNV. Die fünf Stadtteile Bad Nauheims sind tagsüber sehr gut an die Kernstadt angebunden. Allerdings wird der Busverkehr bereits in den frühen Abendstunden eingestellt. Dies ist für eine solch belebte Stadt äußerst schade. Ein On-Demand-System könnte hier Abhilfe schaffen und wäre auch aus ökologischer Sicht ein Gewinn.

Was ist deine Motivation Mandatsträger zu sein?

Nach meiner früheren Tätigkeit im Jugendbeirat war es für mich schnell klar, dass ich mich weiterhin für die Belange der Bad Nauheimer Bürger einsetzen möchte. Die Werte und das Leitbild der FDP sowie der Jungen Liberalen haben mich als freiheitsliebenden Menschen direkt angesprochen. Somit bin ich 2017 sowohl der Partei als auch der Jugendorganisation beigetreten. Junge Menschen sind die Zukunft eines Landes und sollten daher auch in verschiedensten Gremien eine Stimme haben. Denn nur wenn Jugendliche gehört werden, können ihre Bedürfnisse und Wünsche für eine Stadt umgesetzt werden. Ich möchte den jungen Menschen in Bad Nauheim eine Stimme im Parlament geben.

Wofür setzt du dich explizit in deiner Region ein/ oder hast ggf. schon erreicht?

Bad Nauheim soll eine Stadt sein, die für alle Altersgruppen einen attraktiven Lebensraum bietet. Der Jugendbeirat hat im Zuge einer Exploration herausgefunden, dass das subjektive Sicherheitsempfinden in Bad Nauheim verbesserungswürdig ist. Ich habe mich nach intensivem Austausch mit dem Jugendbeirat dafür eingesetzt, dass ein Lichtkonzept erarbeitet wird, welches eine bessere Beleuchtung gerade am Bahnhof, in den Parkanlagen und in den Ortsteilen beinhaltet. Die FDP-Fraktion hat hierzu einen Antrag in der Stadtverordnetenversammlung eingebracht, der leider von den anderen Fraktionen abgelehnt wurde. Da ich nach wie vor von der Dringlichkeit dieses Projektes überzeugt bin, werde ich mich auch weiterhin für die Durchführung einsetzen.



STEPHANIE WÜST

Alter: 33

Studium Soziologie und Politikwissenschaft

Vor hauptamtlicher Funktion: Referentin für Verkehrs- und Logistikpolitik bei der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände (VhU)

Stadträtin,

Dezernentin für Wirtschaft, Recht und Reformen

Stadt Frankfurt am Main

FRANKFURT

Welche Herausforderungen gibt es in deiner Region/Stadt, mit denen du dich konfrontiert siehst?

Als wachsende Stadt – Frankfurt ist in den vergangenen 15 Jahren 120.000 Einwohner gewachsen und 100.000 Arbeitsplätze dazu gewonnen – stehen wir vor diversen Herausforderungen: Wohnraum für Fachkräfte, Kultur – insbesondere auch die Clubkultur – gilt es zu beleben, das Bahnhofsviertel, einst Hotspot für urbanen Lifestyle, entwickelt sich wieder negativ, der durch Covid-19 gestiegene Druck auf den Einzelhandel. Zudem befindet sich bei uns der größte D-CIX Europas, was vor allem Druck auf die Grundstückspreise zur Folge hat.

Was ist deine Motivation Mandatsträger zu sein?

Es ist eine wahnsinnige Möglichkeit, dass ich als Juli-Vertreterin die Möglichkeit habe, Politik in meiner Heimatstadt aktiv zu gestalten. Wir haben eine tolle Stadtverordnetenfraktion, einen sehr aktiven Kreisvorstand und fachlich sehr gut besetzte Vertreterinnen und Vertreter in den Ortsbeiräten. Der kritische Austausch ist wesentlicher Bestandteil meiner Arbeit für unsere Stadt und die Region. Ich bin unendlich dankbar, dass ich das nach außen als Teil des Magistrats vertreten darf.

Wofür setzt du dich explizit in deiner Region ein/ oder hast ggf. schon erreicht?

Frankfurt zeichnet sich als sehr breit aufgestellter Wirtschaftsstandort aus; der Branchenmix ist wesentlich für die Resilienz des Wirtschaftsstandortes. Die hohe Konnektivität ist der Standortfaktor für Stadt und Region. Diesen Branchenmix möchte ich fördern und weiterentwickeln – insbesondere im Bereich Innovationskraft. Als Liberale haben wir dazu eine straffe Agenda: wir wollen für alle Wirtschaftszweige eine Strategie entwickeln, die dennoch aufeinander aufbauen. Allen voran geht es um den Finanzplatz Frankfurt, die digitale Innovation, aber auch um die Flächensicherung für das produzierende Gewerbe, insbesondere im Bereich Bio-Tech. Hier spielt auch die Kreativwirtschaft eine Wichtige Rolle. Für diese haben wir einen sichtbaren Ort geschaffen und die Frankfurt Fashion Week veranstaltet.



ANJA KOFAHL

Alter: 30

Business Development Manager bei einer europäischen Wirtschaftskanzlei

OFFENBACH

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Ausschussvorsitzende für Kultur, Schule, Sport und Städtepartnerschaften

Welche Herausforderungen gibt es in deiner Region/Stadt, mit denen du dich konfrontiert siehst?

Offenbach ist eine sehr vielfältige Stadt und wir stehen insbesondere im Bereich Bildung vor großen Herausforderungen. Ich bin froh, dass die Stadt schon vor einigen Jahren entschieden hat, hier einen Investitionsschwerpunkt zu legen – trotz schwieriger Haushaltslage.

Was ist deine Motivation Mandatsträger zu sein?

Offenbach hat sich stark entwickelt in den letzten Jahren und ich möchte bei der weiteren Gestaltung mitwirken. An der Kommunalpolitik finde ich besonders spannend, dass man nah dran ist und die Entscheidungen und Initiativen der Stadtverordnetenversammlung direkt mit beeinflussen kann

Wofür setzt du dich explizit in deiner Region ein/ oder hast ggf. schon erreicht?

Wir haben als junge weibliche Stadtverordnete in Offenbach ein Mentoring-Programm für junge Frauen in der Politik initiiert. Fraktionsübergreifend wollen wir politikbegeisterte Mädchen und junge Frauen mit weiblichen Stadtverordneten vernetzen und so heute schon die Grundlage für mehr Frauen in der Politik setzen. Weil wir das Projekt fraktionsübergreifend aufgesetzt haben, können verschiedene Blickwinkel und Perspektiven vermittelt werden.

*DU BIST AUCH EIN KOMMUNALER MANDATSTRÄGER?
DANN VERNETZE DICH GERNE MIT DEN JULI MANDATSTRÄGERN
BUNDESWEIT UND KOMM IN UNSERE WHATSAPP GRUPPE!
WIR FREUEN UNS!*



LAK OFFENE

Die Landesarbeitskreise (LAKs) sind unsere inhaltlichen Motoren, an denen jedes Mitglied in Hessen mitarbeiten und unsere Programmatik mitgestalten kann. Hier stellen wir euch die verschiedenen LAKs vor, woran sie gerade arbeiten und was es Neues gibt. Wenn ihr Lust habt euch einzubringen, schreibt den LAK-Leitern einfach eine E-Mail. Eine Übersicht alle LAKs findet ihr auf der Website der Julis Hessen!

LAK KOMMUNALES

Unser LAK Kommunales dient in erster Linie der Vernetzung unserer JuLi-Mandatsträgerinnen und JuLi-Mandatsträger, richtet sich aber generell an alle, die sich für kommunale Themen begeistern können. Wir möchten gemeinsam Anträge erarbeiten, uns austauschen und mit spannenden Referentinnen und Referenten zu aktuellen kommunalpolitischen Herausforderungen diskutieren. Aktuell planen wir auch das ein oder andere kommunale Projekt direkt vor Ort zu besuchen. Darüber hinaus bieten wir über den Link in unserer WhatsApp-Gruppe den Zugang zu unserem JuLi-Antragspool, der dabei helfen soll, Antragsideen für die eigene Kommune zu finden und schnell umzusetzen. Unsere digitalen Treffen finden in regelmäßigen Abständen statt, orientiert an der Häufigkeit der Sitzungen der kommunalen Gremien. Interessierte sind jederzeit herzlich bei uns willkommen und können sich bei Fragen an Julia oder Marius wenden und/oder direkt unserer WhatsApp-Gruppe beitreten.

**Julia Russmann (KV Wetterau) und
Marius Schäfer (KV Rheingau Taunus),
LAK-Leiter Kommunales
E-Mail: russmann@julis.de ; marius.schaefer@julis.de**

LAK OFFENE GESELLSCHAFT

Wir, Ajeet und Nora, haben im letzten halben Jahr die Vielseitigkeit von dem Thema Offene Gesellschaft kennengelernt. Deshalb konzentrieren wir uns für den Anfang auf einige Wenige.

Beim LAK Marktplatz behandelten wir das Thema Geschlechtsidentität. Nach einer Auswahl an Statistiken entschied sich der Arbeitskreis dazu, sich mit zwei Themen weitergehend zu befassen: Zunächst Möglichkeiten zur Senkung der Selbstmordrate von trans* und nicht-binären Personen und zusätzlich mit der Abschaffung des juristischen Geschlechts. Aus dieser Sitzung ergab sich auch Programmatik für den Landeskongress, wobei aus dem LAK ein Antrag eingebracht wurde, welcher jedoch nicht behandelt wurde.

In der nächsten soll es um Liberalen Feminismus gehen. Wir werden uns in Präsenz treffen und besondere Gäste haben. Also kommt vorbei!

**Nora Schumann (KV Hochtaunus) & Ajeet Ahmad (KV
Groß-Gerau), LAK-Leiter Offene Gesellschaft
E-Mail: schumann@hotmail.de ; ahmad@julis.de**

LAK GESUNDHEIT

Im Landesarbeitskreis Gesundheit, Arbeit und Soziales arbeiten wir genau die Themen, die bei uns leider häufig etwas zu kurz kommen.

Nachdem wir letztes Jahr einen umfassenden Antrag zum Fachkräftemangel im Gesundheitssystem, damals noch mit meiner Vorgängerin Lisa Holz, erarbeitet haben, sind wir zur Zeit damit beschäftigt verwiesene Anträge zu beraten.

NEWS

BUVO

Danach möchten wir in den Landtagswahlprogrammprozess einsteigen, uns Julis besonders wichtige Themen auswählen und weitere Programmatik erarbeiten.

Egal ob Arbeitsbedingungen, Aufstiegschancen, Ausbildungsmöglichkeiten, Chancengerechtigkeit oder Mental-Health, jeder von uns findet im LAK G.A.S. ein Thema, das ihn direkt berührt. Nachwievor bietet der Liberalismus die besten Antworten zu schwierigen Fragen, weshalb wir sie auch niemals dem politischen Kontrahenten überlassen sollten. Du möchtest dich daran beteiligen?! Dann melde dich gerne bei mir oder Finn Rodewyk, meinem Stellvertreter.

Jan-Lukas Gescher (KV Gießen) LAK-Leiter Gesundheit
E-Mail: jan-lukas.gescher@julis.de

LAK INNEN & RECHT

Im LAK Innen & Recht haben wir uns neben dem steten Ziel entbehrliche oder gar unwirksame Pflichten und Verbote zu verhindern bzw. abzuschaffen dieses Jahr auch weiteren Themen gewidmet. Dazu gehört einerseits die Kooperation mit dem LAK Digitalisierung zum Thema Zensur und Recht im Internet, mit dem Fokus auf Soziale Netzwerke. Dazu haben wir auch schon eine einleitende Sitzung am LAK Marktplatz abgehalten und planen eine weitere, mit einem Gastreferenten zur Ausarbeitung des Antragsentwurfs zur Stärkung von Meinungsfreiheit.

Daniel Klassen (KV Gießen), Stellvertretender LAK-Leiter Innen und Recht
E-Mail: daniel.klassen@julis.de

Der Bundesvorstand möchte die Arbeit der Regierungskoalition gerne konstruktiv und kritisch begleiten. Daher haben wir uns intensiv zur Bewertung unseres bisherigen Wirkens in der Regierungsarbeit ausgetauscht. Dabei hat vor allem auch die Kommunikation unserer Inhalte und unseres Regierungswirkens eine zentrale Rolle gespielt. Der Bundesvorstand tauscht sich außerdem regelmäßig mit führenden FDP-Politikern aus, um unseren jungliberalen Standpunkten Nachdruck zu verleihen oder bestehende Missstände kritisch aufzuarbeiten. Weiterhin ist das laufende Jahr sehr stark davon geprägt, unseren Mitgliedern ein Angebot an zahlreichen Veranstaltungen zu machen, sodass wir bestehende Skills an die nächste Generation übergeben und unsere zahlreichen Neumitglieder aktiv in die Verbandsarbeit einbinden können.



Felix Kibellus (28)

aus dem KV Gießen hat Informatik an der Goethe Universität in Frankfurt am Main studiert und arbeitet als Consultant in einem IT Startup. Als Mitglied des Bundesvorstands betreut er die IT Infrastruktur der Jungen Liberalen. Ihr erreicht ihn unter kibi500@julis.de.

WENN IHR LUST HABT EUCH EINZUBRINGEN,
SCHREIBT DEN LAK-LEITERN EINFACH EINE E-MAIL ODER SCHAUT
BEI DER ÜBERSICHT AUF DER WEBSITE DER JULIS HESSEN VORBEI!
DIESE FINDET IHR HIER:



KV WETTERAU

Wir JuLis in der Wetterau entwickeln uns hervorragend. Neben unseren bereits bestehenden drei Ortsverbänden in Bad Vilbel, Bad Nauheim und der Wetterau-Ost, steht die Gründung unseres vierten Ortsverbandes der JuLis Büdingen Mitte Juli kurz bevor. Durch unseren stetig wachsenden Mitgliederkreis können wir uns über tolle Teilnehmerzahlen bei unseren Veranstaltungen und viele neue Projekte freuen. Dazu zählen, neben einer guten Vernetzung mit unserer FDP vor Ort, Unternehmensbesuche, Beteiligungen an Jugendforen und nicht zuletzt auch programmatische Treffen mit unserer Kreistagsfraktion. Mit Julia Russmann und Paula Preiß haben wir dazu zwei direkte JuLi-Mandatsträgerinnen, die sich in den kommunalen Parlamenten für unsere Ideen stark machen.

Unser Sommerfest ist für Mitte September nach unserer Sommerpause geplant. Wir freuen uns über Besuch!

Julia Russmann

Kreisvorsitzende der Jungen Liberalen Wetterau

KV MAIN-KINZIG

Die JuLis-Main-Kinzig konnten im letzten halben Jahr ihre Anzahl an aktiven Mitgliedern verdoppeln und somit auch die Frequenz der Veranstaltungen. Diese finden nun wieder mindestens zweimalig pro Monat statt und sind in programmatische sowie außerprogrammatische Treffen aufgeteilt. Darüber hinaus war es den JuLis-Main-Kinzig im Rahmen der im Mai stattgefundenen Kreisvorstandswahlen der FDP-Main-Kinzig möglich, dieses jung-liberale Wachstum auch in die FDP hinein zu tragen. Denn hierbei konnten sechs Mitglieder im jung-liberalen Alter im neu gewählten Kreisvorstand Mitglied werden.

Marc Schmidt

Kreisvorsitzender der Jungen Liberalen Main-Kinzig

KV FULDA

Fulda hat ein sehr großes liberales Potential, welches sich durch unsere inhaltliche und strukturelle Neuaufstellung deutlich abzeichnet. Schon jetzt ist das Verhältnis zur Fuldaer FDP entscheidend ausgebaut worden, was in Zukunft so fortführt wird.

Auch mit dem Bundestagsabgeordneten aus Fulda, Jürgen Lenders, sind einige Aktionen, unter anderem, ein Besuch im Bundestag geplant. Allem voran werden aber auch intern des KV's endlich wieder Fortschritte gemacht, nicht nur, dass wir in Bad Homburg mit fast ausschließlich Neumitgliedern auftraten, die dort ihren ersten Landeskongress miterleben durften, wir arbeiten zurzeit auch an der Planung und Umsetzung unterschiedlichster Projekte, zum Beispiel, eine Aktion, ukrainische Flüchtlinge an Schulen besser zu integrieren und mit der deutschen Kultur vertraut zu machen.

Aber wir würden gerne auch den Kontakt zu Julis außerhalb unseres Kreisverbandes intensivieren und laden hiermit alle Interessierten ein, an unseren monatlich stattfindenden Stammtischen teilzunehmen. Schreibt uns hierfür nur eine kurze Nachricht an fulda@julis.de.

Abschließend bleibt zu sagen, dass die Julis-Fulda wieder da sind und wir uns auf die Zusammenarbeit mit euch freuen!

Leon Hamm

Kreisvorsitzender der Jungen Liberalen Fulda

KV MARBURG-BIEDENKOPF

Am 11.07. haben die JuLis Marburg-Biedenkopf ihre Kreismitgliederversammlung durchgeführt und einen neuen Vorstand gewählt.

Nach zwei erfolgreichen Jahren im Amt übergibt Louisa Scholz den Kreisvorsitz an Tom Kewald.

Komplettiert wird der Vorstand durch die Stellvertreter Philipp Thölkes (Programmatik), Alexander Keller (Presse), Jonathan Franzke (Organisation) und Nick Czyrzewski (Schatzmeister).

Tom Kewald

Kreisvorsitzender der Jungen Liberalen Marburg-Biedenkopf

KV MAIN-TAUNUS

Der Kreisverband Main-Taunus hat sich seit der Bundestagswahl vergrößert und verjüngt, was den Kreisvorstand und mich außerordentlich freut! Das ist sicherlich auch auf eine neue Kommunikation der FDP zurückzuführen, die in ihrer Medienpolitik aktiv Erst- und Jungwähler anspricht. Dabei gilt es aber weiterhin sich in der Außendarstellung und -kommunikation zu verbessern, da die FDP nur als das obsoletere Anhängsel in der Regierung angesehen wird.

Für die Landtagswahl im Herbst 2023 gilt es daher umso mehr Präsenz zu zeigen und Neumitglieder einzubinden. Im Spätsommer wird unsere Mitgliederversammlung wieder stattfinden und ich kann daher nur herzlich dazu einladen, aktiv mitzuwirken, denn je mehr mitmachen, desto größer die Außenwirkung über Mitschüler, Kommilitonen, Freunde und Bekannte.

So freut es mich auch, dass sich in vielen Wahlkreisen junge Mitstreiter für die Kandidatur zur Landtagswahl behaupten können. Denn generationenfeindliche Politik gab es lange genug, das Ergebnis für unsere Rente, das Gesundheitssystem, den öffentlichen Nahverkehr sowie die Beschädigung des Industriestandortes Deutschland sehen wir. Daher lasst uns die Zukunft Hessens angehen und zumindest auf Länderebene das tun, was möglich ist - ohne flächendeckende Videoüberwachung á la China!

Herzlichste Grüße aus dem kleinsten Landkreis Deutschlands!

Julius Braunsberger

Kreisvorsitzender der Jungen Liberalen Main-Taunus

"WIR WOLLEN SO IMMER EIN OFFENES OHR FÜR EURE ANLIEGEN HABEN."

Interview mit Anja Kofahl- Ombudsperson der Jungen Liberalen Hessen



Hallo Anja, du bist die Ombudsperson der Jungen Liberalen Hessen. Was ist eine Ombudsperson? Was sind deine Aufgaben?

Die Ombudsperson hat im Wesentlichen zwei Aufgabenfelder. Ich bin einerseits für alle JuLis in Hessen ein neutraler, vertraulicher und direkter Ansprechpartner bei sozialen und innerverbandlichen Konflikten, aber auch bei Beschwerden. Auf der anderen Seite achte ich auf die Einhaltung der Beschlusslage auf Landesebene.

Das heißt, jedes Mitglied kann sich bei dir melden, wenn es in eine soziale Konfliktsituation geraten ist? Wie kann man dich denn erreichen? Bleibt alles vertraulich, was man mit dir bespricht?

Genau, ich bin Ansprechpartnerin für alle JuLis in Hessen bei zwischenmenschlichen Konflikten. Dies gilt während des ganzen Jahres und ganz besonders bei den Veranstaltungen der JuLis.

Als stark wachsender Verband ist es wichtig, die Verbandskultur insgesamt zu pflegen und den Mitgliedern die Möglichkeit zu geben, einen Ansprechpartner auch außerhalb des eigenen Kreisverbands zu geben. Jedes Mitglied in Hessen kann sich daher jederzeit an mich wenden, bspw. per Mail. Die Gespräche sind natürlich absolut vertraulich. Übrigens: Beim letzten Landeskongress haben wir beschlossen, dass es bald noch eine zweite Ombudsperson geben soll. Wir wollen so immer ein offenes Ohr für Eure Anliegen haben.

Du bist auch dafür zuständig, den Landesvorstand an die Einhaltung der Beschlusslage zu erinnern. Wie kann man sich das vorstellen?

Als Ombudsperson achte ich auf die Einhaltung der Beschlusslage und des Code of Conduct. Das bedeutet, es geht vor allem darum zu überprüfen, dass das was der Landesvorstand macht, im Einklang mit den Beschlüssen des Landeskongresses steht. Sollte das mal nicht der Fall sein,

weise ich entsprechend darauf hin, damit der Landesvorstand sein Handeln anpasst. Bei den Landeskongressen berichte ich Euch darüber.

Abschließend hätte ich noch gerne deine Einschätzung: Wie steht es um unsere Verbandskultur? Wo müssen wir eventuell besser werden?

Ich finde wir sind ein toller Verband. 1.400 junge Menschen engagieren sich bei uns politisch. Dass es hin und wieder zu Konflikten kommt, ist ganz normal. Grundsätzlich verlaufen Diskussionen aber respektvoll und sachorientiert. Manchmal würde es jedoch auch genügen, den eigenen Standpunkt weniger hart vorzutragen. Insgesamt finde ich aber, dass wir insbesondere neue Mitglieder positiv aufnehmen und es ihnen leicht machen bei uns aktiv zu werden. Landesvorstand und Kreisverbände machen meiner Meinung nach einen klasse Job, der Vielfalt unserer Mitglieder entsprechende Angebote zu machen, um so auch unsere Verbandskultur zu stärken.

Anja Kofahl ist seit Oktober 2021 Ombudsperson der JuLis Hessen. Seit 2017 ist sie Mitglied bei den JuLis. Anja ist 30 Jahre alt und arbeitet im Business Development einer europäischen Wirtschaftskanzlei. Du erreichst sie jederzeit unter kofahl@julis.de.





Unsere Chefredakteurin Viola Gebek hat sich mit Franziska Brandmann, Bundesvorsitzende der Jungen Liberalen und Mitglied im Bundesvorstand der FDP, auf einen (digitalen) Kaffee getroffen und über ihre Motivation, Interessen und die Verbandskultur der Julis gesprochen.

Viola: Franzi, was hat dich vor 13 Jahren motiviert, den Julis und der FDP beizutreten?

Franzi: Ich wollte mich unbedingt politisch engagieren und habe mir erstmal alle Parteien angeschaut. Danach war ich mir schnell sicher, dass die Partei der Eigenverantwortung und der Freiheit genau die Partei ist, die zu mir und meinen Werten passt. Nach diesen Werten bin ich auch aufgewachsen und erzogen worden. Meine Mutter ist Krankengymnastin und selbstständig. Sie wollte selbst etwas aus ihrem Leben machen und sich dabei nicht auf andere verlassen müssen. Als ich mir dann die Reden im Deutschen Bundestag ange-

schaute habe und Guido Westerwelle ein brennendes Plädoyer nach dem anderen für die Eigenverantwortung hielt, da dachte ich: da muss ich eintreten!

Viola: Aktuell promovierst du ja. Wie schaffst du es das alles unter einen Hut zu bekommen? Wie kannst du promovieren und gleichzeitig so viel für diesen Verband machen?

Franzi: Das ist die Frage, ob ich das schaffe (lacht). Ich war gestern bei einer Veranstaltung von meiner Fakultät und habe mich dort mit einer jungen Frau unterhalten. Sie hat mir die gleiche Frage gestellt, weil sie auf Instagram sieht, dass ich neben meiner Promotion sehr viel für die JuLis unterwegs bin. Ich habe ihr gesagt: Das sieht auf Instagram vielleicht so aus, als würde man das ganz leicht miteinander vereinbaren können, aber tatsächlich brennt es immer irgendwo und es gibt immer viel zu tun. Sie meinte daraufhin: „Hauptsache, du hast alles einigermaßen im Griff“.

Und ich finde, sie hat recht! Früher war ich eine absolute Perfektionistin und inzwischen, insbesondere seit ich Bundesvorsitzende bin, habe ich gelernt, dass es total wichtig ist, Dinge einfach zu erledigen, sich auf sein Team zu verlassen und vor allem Spaß an den Tätigkeiten zu haben. Wenn ich vom Bundeskongress heimfahre, bin ich nicht fertig und geschafft. Im Gegenteil. Ich bin motiviert. Ich ziehe Kraft aus dem, was ich tue.

Viola: Gibt es etwas bestimmtes, womit du deine Freizeit gerne verbringst? Bestimmte Hobbys oder Aktivitäten?

Franzi: Mein größtes Hobby ist Lesen! Man trifft mich eigentlich selten ohne mindestens ein Buch in meiner Tasche. Außerdem treffe ich mich natürlich gerne mit meinen Freunden. Ich wohne auch in einer WG und unternehme regelmäßig etwas mit meinen Mitbewohnern. Wenn ich in England bin, gehe ich zum Ausgleich gerne spazieren, um den Kopf frei zu kriegen. Ich habe das Glück, dass ich direkt neben einem Park wohne, das ist wunderschön. Für geregelte Aktivitäten, zum Beispiel Team-sport, habe ich leider keine Zeit mehr. Es kann einfach immer etwas Politisches dazwischenkommen, was dann vorgehen muss. Das kann man den Team-Kollegen dann nicht antun.

Viola: Was gibt es bei den Julis, das dich mit Stolz erfüllt?

Franzi: Total viel. Zuletzt vor ein paar Wochen beim Bundeskongress sind so viele Menschen zu mir gekommen und haben sich bedankt. Und das kannte ich so gar nicht. Normalerweise gibt es immer etwas zu kritisieren. Und das ist

voll okay, weil Kritik auch sehr wichtig ist und unser Verband so stärker wird, sich verbessert. Aber es war einfach toll mitzuerleben, wie viele Julis dem Bundesvorstand Danke sagen wollten. Und im Nachgang von Bundeskongress haben mich bestimmt noch einmal 30 Nachrichten von Neumitgliedern erreicht, die gesagt haben, wie wohl sie sich bei den Jungen Liberalen fühlen. Das hat mich richtig stolz gemacht!

Was ist das für ein toller Jugendverband, wenn man als Neumitglied das erste Mal auf dem Bundeskongress ist und nach dem Wochenende sagt „Das ist mein Verband“ oder „Ich habe mich noch nie so wohl gefühlt wie bei den Jungen Liberalen“? Das ist ein Verband, auf den wir alle stolz sein können!

Viola: In unserer nächsten Ausgabe dreht sich alles um Kultur. Was denkst du macht die Verbandskultur der Jungen Liberalen aus?

Franzi: Was die Julis ausmacht ist vor allem unsere Debattenkultur. Wir Julis sind immer auf der Suche nach dem besten Argument. Auch wenn man sich manchmal vorher schon seine Meinung zu einem Thema gebildet hat, sind wir offen für die Argumente anderer und ändern dann im Zweifel auch mal unsere Meinung, sollten wir wirklich von einem besseren Argument überzeugt werden. Ich glaube, das ist total wichtig und das macht uns aus. Auch unsere hitzigen Debatten gehören zur Verbandskultur. Ernst in der Sache, aber respektvoll im Umgang.

Und in den letzten Jahren haben wir hier auch nochmal eine starke Entwicklung hingelegt. Dass wir alles dafür geben, dass jeder sich wohlfühlt und jeder das Gefühl hat, er oder sie kann sich in die

Debatte einbringen. Das ist uns zurecht wichtig. Beim letzten Bundeskongress haben so viele Neumitglieder zum ersten Mal in der Debatte gesprochen wie noch nie zuvor. Da haben wir einen großen Schritt nach vorne gemacht in unserer Verbandskultur, dass wir sagen: Wenn du liberal denkst, dann gehörst du bei der Debatte auf die Bühne und wir wollen deine Argumente hören.

Viola: Das stimmt! Vielen Dank liebe Franzi für das Gespräch!

Auf einen Kaffee mit ... Franziska Brandmann



**WIR BEDANKEN UNS HERZLICH BEI FOLGENDEN FÖRDERMITGLIEDERN FÜR DIE
UNTERSTÜTZUNG UNSERER ARBEIT:**

Oliver Stirböck, Hans-Joachim Otto, Dr. Frank Blechschmidt, Leif Blum, Dieter Kellermann, Heinrich Heidel, Frank Sümman, Jürgen Lenders, Wolfgang Greilich, Peter Engemann, Andrea Kaup, Axel Vogt, Florian Rentsch, Bettina Stark-Watzinger, Anette Greilich, Björn Sängler, Stefan Ruppert, Hans-Jürgen Hielscher, Anne Linke-Diefenbach, Stefan Müller, Roland Hoffmann, Jochen Kilp, Manfred Lister, Nicola Beer, Wilderich Heising, Dr. Lasse Becker, Matthias Nölke, Alexander Müller, Till Mansmann, Wiebke Knell, Bernhard Kammer, Milena Scinardo, Jens Jacobi, Dieter Schütz, Moritz Promny, Christian Diers, Kirill Steinert, Robert Dübbers, Haceli Bozdemir, Jochen Rube, Peter Heidt, Katja Adler, Mario Döweling

IMPRESSUM:

JUNGE LIBERALE HESSEN

MORITZSTRASSE 56

65185 WIESBADEN

INFO@JUNGE-LIBERALE

Landesvorsitzender: Niklas Hannott

Redaktion: Viola Gebek

V.i.S.d.P.: Patrick Schütz

Alle Rechte vorbehalten. Namentlich gekennzeichnete Artikel sind Beiträge des jeweils genannten Autors und spiegeln nicht in jedem Fall die Meinung der Jungen Liberalen Hessen wider.

WIE HAT DIR DIESE AUSGABE DES YOULI GE-
FALLEN? SAG MIR GERNE DEINE MEINUNG!

HER GEHT ES ZUR KURZEN UMFRAGE:

